

Vorwärts

Er scheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,00 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
1 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,00 Mk. pro Quartal. Unter Aus-
sicht: Deutschland u. Österreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr.
in der Post-Regierungs-Verordnun-
g für 1892 unter Nr. 6932.

Interaktions-Gebühr beträgt für die
langgehaltene Zeitzeile oder deren
Raum 40 Pf., für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
Interate für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr Nachmittags in
der Expedition in an Wochen-
tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr Vor-
mittags geordnet.

Verantwortlicher Redakteur
Ant. I. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 8. Dezember 1892.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Ein Milliardär.

Ueber den in voriger Woche verstorbenen Jay Gould wird der „Allnische Volkszeitung“ nach englischen Blättern aus London geschrieben:

Wie viele Verwünschungen wohl dem feierlichen Jay Gould, der gestern in New-York vom Leben und seinen Millionen Abschied nahm, ins Grab gefolgt sein mögen! Er war das böse Prinzip, der Gott der Finsternis im freien Wettbewerb Amerikas; sah, einer giftgeschwollenen Spinne gleich, in der Mitte seines Gnebes, mit dem er die Märkte und die Industrien der vereinigten Staaten umgab, und was auch immer in seine Maschen gerieth, wurde erbarmungslos ausgebeutet. Freund und Feind, alle mußten bluten, mußten ihre Schätze hergeben, um seine Millionen zu schwellen. Geld und immer wieder Geld war sein ausschließliches Ziel; denn der reichste Mann in der Union wollte er werden, und wenn von einem Gewissen bei ihm die Rede sein kann, so war der einzige Gewissensschmerz, mit dem er gestern starb, wohl der, daß er nur der dritte Goldfisch geblieben, daß ihn die Vanderbilt's und die Astors in Gläubigern übertraffen. Sein Vermögen beläuft sich auf 75—100 Millionen Dollars, und wer weiß, ob er nicht bei längerem Leben wirklich der Hauptfisch geworden wäre, denn während des vergangenen Jahres stieg sein Gewinn auf durchschnittlich 400 000 Pfund Sterling im Monat! Vor Jahren schwebten Gerüchte über seinen Bankbruch in der Luft; um sie zu entkräften, lud er seine Geschäftsfreunde zu sich ein und breitete vor ihnen erlauteten Augen Wertpapiere im Betrage von 50 Millionen Dollars aus. Für diesen Millionenbetrag das Gesicht irgend- wie zu verschönern, wie es die Vanderbilt's durch Ausstattung einer Eisenbahn gelhan, fiel ihm nicht ein. „Zum Teufel mit dem Gemeinwohl!“ — rief er einst einer Ortsabordnung zu, die ihm einen Eisenbahnplan ans Gesicht auf das Gemeinwohl empfahl — „ich baue keine Eisenbahnen zum Besten des Publikums!“ Zu seiner Seele hatte auch kein anderes Interesse. Auf seiner europäischen Reise kam er nach Amsterdam und betrat auch die Gemäldegallerie, stahl sich aber bald, der unnützen Zeitvergeudung müde, nach der Börse weg und hatte vor dem zweiten Frühstück schon 20 000 L. Spekulationsgewinn in der Tasche. Daß er seine Segner zu vernichten suchte, wird ihm bei dem harten Börsenkampfe niemand verdenken. Ein reicher Kalifornier kündete einst der Welt an, er wolle Jay Gould sprengen. „Er ist nach dem Osten wohl in einem Salonwagen gekommen — war Gould's Bemerkung, als er von dem Unterfangen hörte — gut, ehe ich gesprengt bin, wird er in einem Gepäckwagen zurückkehren“, und lehreres ward fast buchstäblich zur Wahrheit. Aber Gould schonte nicht einmal seine Freunde und Geschäftstheiler. Mit Fiske verband er sich 1869 zu einer Goldbanke, und beide trieben das Gold von 112 auf 150 in die Höhe. Sobald er aber durch seine Futrager erfahrene, daß die Regierung aus der Schatzkammer Gold zu verkaufen gedente, begann er inwischen Goldschlägen, während er Fiske ruhig in bisheriger Richtung weiterpekulieren ließ. Einen seiner Geschäftsfreunde trieb er zum Selbstmorde und einen anderen, der ihn zur Zeit durch ein Anleihen aus der größten Finanzschwierigkeit gerettet, machte er zum Bettler, indem er ihn zu einem Unternehmen überredete, welches diesem seinen letzten Cent kostete. Zweimal entging er mit knapper Noth dem Galgenstrick; das erste mal, als er die Millionen der Eisen-

Bahn ruiniert, und später, als der New-Yorker Pöbel sich gegen seine Umtriebe zu gunsten der Wahl Blaines zum Präsidenten erhob und ein Zeitungsbureau stürzte; er rettete sich auf seine Facht und segelte davon. Seitdem ließ er sein Haus von Geheimpolitikern umstellen, und wenn er, was selten war, öffentlich erschien, umgab er sich mit herkulisch gebauten Leibwächtern.

Den Lebensgenüssen stand er fremd gegenüber; er rauchte nicht, er trank nicht; klein, engbrüstig, mit einem Sackvisage, verehrte er nur einen Gott, das Geld. Der Botanische Garten, den er auf seinem Landhause am Hudson anlegen ließ, soll den besten der Welt an Reichhaltigkeit nicht nachstehen; eines Interesses an Botanik aber hat ihn deshalb doch noch niemand für fähig gehalten. Seine Geschäftsmethode war ebenso einfach wie rücksichtslos und wirkungsvoll; er kaufte Papiere, die er durch seine Börsentriebe entwerthete, zu Schleuderpreisen auf, trieb sie künstlich in die Höhe und lud sie dann bei dem Publikum um den zehnfachen Betrag ab. Und dieser Gewalt-Beldmenschen, der schließlich über ein Eisenbahngesetz von 18000 Meilen gebot, war ursprünglich der Sohn eines armen Farmers, hütete die Kühe, ward Schmiedelehrling, Geometergehilfe und Holzhändler, und mit 20 Jahren Hauptaktionär einer kleinen Bank in Pennsylvania. In letzterer Eigenschaft scheint er seinen Beruf, Geld auf werthlose Eisenbahnpapiere zu leihen, entdeckt zu haben. In New-York soll er mit einer potentirten Mausefalle eigener Erfindung debütirt haben; vielleicht auch hat man ihm nachträglich diese Legende angehängt, als er dem amerikanischen Publikum seine großen Finanz-Mausefallen stellte. Seine eigentliche Laufbahn beginnt im Jahre 1872, als er zum Vorsitzenden der Eriebahn erwählt wurde. Positives hat er nicht geschaffen. Die 25 Privatdrähte, die von seinem Hause nach den verschiedensten Richtungen hin liefen, dienten nur dem einen Zwecke, sein eigenes Vermögen auf den Trümmern hoffnungsloser Industrien in die Höhe zu schrauben, ohne daß dadurch seine Fingier jemals gefügigt worden wäre. Jedenfalls wird er im vierten Kreise von Dante's Hölle, wo die Verschwenker und Geizhälse Laufen wälzen, mit lautem Jubel empfangen werden; passen doch auf ihn vorzüglich die Worte von dem kurzen Bohn der Güter, die zu so viel Streit entflammten und dem „gefammten Golde unterm Monde, das nicht eine dieser Seelen zu befriedigen vermag“. Jay Gould ist 56 Jahre alt geworden. Daß sein Sohn George in die Fußstapfen des Vaters treten werde, ist kaum möglich. Ein Jay Gould ist nicht zweimal denkbar, und dann würde sich die Heimath der triumphirenden Demokratie schwerlich noch einmal einen solchen finanziellen Blutsauger gefallen lassen.

So die „Allnische Volkszeitung“. Der Reichthum des geldmachenden Thieres, des Börsen-Raubthieres — denn anders kann man Jay Gould, gleich seinen Kollegen von der schmählichen Großspindubens-Bunst, nicht nennen — ist viel zu niedrig geschätzt. Die Amerikaner taxiren Jay Gould auf 500 Millionen Dollars, der Pariser „Figaro“, der in Börsendingen sehr gut Bescheid weiß, auf 2188 — zweitausendeinhundertachtundachtzig — Millionen Frank's. Und diese riesige Summe hat er zusammengeschart, ohne auch nur eine Stunde lang in seinem Leben eine gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichtet zu haben. Durch seine Arbeit ist der Reich-

thum der Nation nicht um einen Pfennig vermehrt worden. Seine ganze „Arbeit“ bestand darin, den Ertrag der Arbeit anderer in seine Tasche zu krabbschen — mit anderen Worten, seinen arbeitenden Mitmenschen ihr Eigenthum zu stehlen. Und weil er hierzu ein besonderes Geschick hatte, ist er, der ungebildete, rohe Patron, der zu sonst nichts gut war und von einer vernünftig organisirten Gesellschaftsordnung erst in eine Erziehungs- und Besserungsanstalt hätte gebracht werden müssen, um überhaupt zu etwas nützlich zu werden — ist dieser Nichtsnutz im wahren Sinne des Wortes in dieser Gesellschaft des Kapitalismus und des Krieges aller gegen alle, die angeblich das Talent und die Tüchtigkeit zur Geltung bringt, ein König der Gesellschaft geworden, ein absoluter Monarch innerhalb der Republik, ein Despot, der ebenso unumschränkt, ebenso erbarmungslos, wie ein russischer Zar über das Glück und den Reichthum von Millionen verfügte. Er beherrschte die Börse, er beherrschte die Eisenbahnen und Telegraphen. Von den 125 000 Meilen (englisch) amerikanischer Eisenbahnen waren 18 000, über ein Zehntel, sein Eigenthum, und von den Telegraphen über die Hälfte — 288 000 Kilometer! Dadurch gewann er auf das Verkehrsweisen einen Einfluß, dessen Wirkungen sich aufzählten in hunderten von Streiks, hervorgerufen durch raffinirtes Abschinden und Unterdrücken der Arbeiter, und in der Verarmung unzähliger Farmer, die er durch wucherische Gütertarife und Landpekulationen an den Bettelstab gebracht hat. Nur ein Gutes hat er in seinem Leben gewiekt; er hat Millionen und Millionen die Augen geöffnet über das Wesen dieser großen kapitalistischen Raubgesellschaft, genannt bürgerliche Gesellschaft und beste der Welten. Die Fliche und Verwünschungen seiner Opfer sind Jay Gould ins Grab nachgefolgt, wie der heutigen Gesellschaft, die solche Monstren hervorbringt, die Fliche und Verwünschungen ihrer Opfer ins Grab folgen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Dezember.

Der Reichstag erlebte gestern für diese Session seine erste offiziell konstatierte Beschlußunfähigkeit. Die Herren Konservativen wollten nämlich die Diskussion über den Antrag Rintelen aus Entschädigung für unschuldig erlittene Straftat schließen, gerade als unser Genosse Stadthagen zum Wort kommen sollte. Auf diesen Versuch der Mundtodmachung antwortete unser Genosse, indem er die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifelte. Die per Hammel-sprung vorgenommene Auszählung ergab die Anwesenheit von ganzen 146 Mitgliedern. Vielleicht lernen die Herren von der Rechten aus diesem Vorgange daß die Zeiten des seligen Valentin auch für den Reichstag

Heuilleton.

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Er brachte den Doktor Savant sofort mit, und der Arzt verschrieb eine Medizin und gab einige Anweisungen. Dem Journalisten aber, der ihn zur Thür begleitete, um seine Meinung zu hören, sagte er: „Der Todeskampf hat begonnen. Morgen früh ist es vorbei. Bereiten Sie die arme junge Frau darauf vor und lassen Sie einen Priester holen. Ich kann hier nichts mehr thun. Doch siehe ich natürlich ganz zu Ihrer Verfügung.“

Duroy ließ Frau Forestier herbeiholen. „Es geht mit ihm zu Ende“, sagte er. „Der Doktor rath mir, einen Priester kommen zu lassen. Wie denken Sie darüber?“

Sie zögerte lange. Dann, als sie alles erwogen hatte, erwiderte sie langsam: „Ja, es ist besser so... in vieler Hinsicht besser... Ich will ihn darauf vorbereiten, ihm sagen, daß ihn der Priester zu sprechen wünscht... ich wollte nicht, weshalb... Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir einen besorgen wollten, einen Priester. Wählen Sie ihn aber aus und nehmen Sie einen, der nicht zu viel Mädchen macht. Sehen Sie zu, daß er sich mit der Beichte begnügt und uns im übrigen zufrieden läßt.“

Der junge Mann brachte einen alten, gefälligen Geistlichen mit, der sich in die Situation zu fänden verstand. Sobald er bei dem Sterbenden war, verließ Frau Forestier

das Zimmer und setzte sich mit Duroy in die nächste Stube.

„Es brachte ihn ganz außer Fassung“, sagte sie. „Als ich von einem Priester zu reden anfing, nahm sein Gesicht einen schrecklichen Ausdruck an, als wenn er... als wenn er schon den Hauch... wissen Sie... den Hauch des Todes merkte... Er verstand, daß es nun zu Ende ist... und daß man die Stunden zählen kann...“

Sie sah sehr bleich aus. „Sein Gesicht werd' ich nie vergessen“, fuhr sie fort. „Er muß den Tod da gesehen haben... Er muß ihn gesehen haben...“

Sie hörten den Priester drin. Er redete etwas laut, weil er ein wenig taub war. Er sagte:

„Nicht doch, nicht doch! So schlimm steht es mit Ihnen ja gar nicht. Sie sind wohl krank, aber doch nicht in Gefahr. Und das beweist ja eben, daß ich als Freund, als Nachbar zu Ihnen komme.“

Sie verstanden nicht, was Forestier erwiderte. Der alte Pfarrer hob wieder an: „Nein, Sie sollen nicht das Abendmahl nehmen. Davon können wir reden, wenn Sie sich wieder wohler befinden. Wenn Sie aber meinen Besuch zum Beichten beispielsweise benutzen wollen, so ist es mir sehr recht. Ich bin ein Dikt und suche jede Gelegenheit, um meine Schafe zu sammeln.“

Eine lange Pause trat ein. Forestier mußte mit seiner leuchtenden, klaren Stimme sprechen.

Dann sagte plötzlich der Priester, aber in verändertem Tone, in dem Tone eines Dieners am Wort:

„Die Barmherzigkeit Gottes ist unendlich. Sprechen Sie das „Confiteor“, mein Kind. Sie haben es vielleicht vergessen. Ich will Ihnen helfen. Sprechen Sie mir nach:

Confiteor Deo omnipotenti... Beatas Mariae semper virgini...“

Er machte von Zeit zu Zeit eine Pause, damit der Sterbende nachkommen konnte. Dann sagte er:

„Nun beichten Sie...“

Die junge Frau und Duroy wagten sich nicht zu rühren. Sonderbare Verwirrung hatte sie erfaßt und ängstliche Erwartung hielt sie gefesselt.

Der Kranke hatte ein paar Worte geäußert. Der Priester wiederholte:

„Sie haben sündhafte Gefälligkeiten erwiesen? Welcher Art waren diese Gefälligkeiten, mein Sohn?“

Die junge Frau erhob sich und sagte einfach: „Gehen wir ein wenig in den Garten hinab. Wir brauchen seine Geheimnisse nicht zu hören.“

Und sie gingen hinaunter und setzten sich auf eine Bank vor der Thür unter einem blühenden Rosenstock. Von dem Kissenbeet hinten hing ein süßer, starker Duft in der reinen Luft.

Nach einigen Augenblicken des Stillschweigens fragte Duroy:

„Kehren Sie bald nach Paris zurück, oder halten Sie sich hier noch länger auf?“

„Nein“, erwiderte sie. „Sobald alles hier vorüber ist, kehre ich zurück.“

„Also in zehn Tagen etwa?“

„Ja, höchstens.“

„Er hat keinen Verwandten?“

„Nein, nur einige Cousins. Er verlor seine Eltern schon in früher Jugend.“

1) Ich bekenne vor Gott, dem Allmächtigen... und der seligen Jungfrau Maria...

vorüber sind. — Bevor es zur Konstatierung der Beschlußfähigkeit kam, wurde ohne Diskussion der Antrag Hirsch und Genossen, die Frist für Statutenänderungen der freien Hilfsklassen vom 1. Januar 1893 bis zum 1. Juli 1898 zu verlängern, einstimmig angenommen. In bezug auf die Entschädigung unschuldig Verurtheilter gab der Regierungsvorsteher die Erklärung ab, daß ein bezüglicher Gesetzentwurf in Vorbereitung sei, auch die Wiedereinführung der Berufung sei in Aussicht genommen. Des katholischen Feiertages, Mariä Empfängnis, wegen fällt morgen die Sitzung aus. Die Militärvorlage soll erst am Montag auf die Tagesordnung kommen. —

Dem Reichstage sind die Entwürfe der neuen bereits erwähnten Steuergesetze, betreffend die Branntwein-, Branntweinsteuer und Reichs-Stampelabgaben zugegangen. In dem Gesetzentwurf wird die anfangs beabsichtigte Herabsetzung des Geschenks an die privilegierten Branntweinebrenner um ein Viertel ausgegeben und dafür die Verbrauchssteuer von 70 auf 75 Pfennig pro Liter Alkohol erhöht. Die privilegierten Schnapsbrenner behalten nach wie vor das Geschenk von 20 M. auf den Hektoliter Alkohol, die sie weniger Steuer als ihre nicht privilegierten Konkurrenten zu zahlen haben. —

Der Prozeß Ahlwardt ist zwar noch nicht beendet, aber, wie das Urtheil auch ausfallen mag, kann sich Ahlwardt heute bereits als Sieger betrachten. Unregelmäßigkeiten haben jedenfalls in der Löwischen Fabrik und im Verkehr mit den Behörden stattgefunden; wie dieselben immer beschaffen sein mögen, und wenn sie auch von keiner liberaleren Art wären, als die in jeder Fabrik vorkommenden, ob ein Zusammenhang zwischen den Unregelmäßigkeiten und Löwe oder den Militärbehörden festgestellt wird, die Schlußfolgerungen im Volke werden dieselben bleiben und jedenfalls viel weiter gehen, als sie selbst Ahlwardt gezogen hat. Selbst die Prozeßführung wird den Anhängern Ahlwardt's reichen Stoff bieten. Eine so weit ausgedehnte Beweisführung, wie sie dieser Prozeß dem Angeklagten bot, ist bisher in der richterlichen Praxis in Deutschland unerhört. Wir tabeln dieses am wenigsten. Aber wir ziehen Vergleiche mit Prozessen, die gegen Sozialdemokraten geführt wurden. Der Schuldbeweis wurde oft nur von Polizeikommissaren erbracht, die nicht einmal aus eigenem Sehen und Hören bekundeten, sondern ihr Wissen aus Mittheilungen ihnen zuverlässig erscheinender Personen geschöpft hatten, deren Namen sie auf Befehl ihrer Vorgesetzten nicht nennen durften. Das höhere Staatsinteresse verbietet, die Namen zu nennen; der Richter aber erkannte auf Grund von Aussagen, die er außer Lage war, selbst auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. In dem Prozeß Ahlwardt wurde, was wir ja ganz in der Ordnung finden, kein Militär zur Verweigerung der Zeugnisaussage gezwungen. Immer neue Beweismittel konnte der Angeklagte heranziehen, wenn sie auch nur in sehr mittelbarer und entfernter Beziehung zu dem Gegenstand der Anklage standen. Aber, was man einmal entschlossen, der Beweisführung weitesten Spielraum zu lassen, dann durfte auch der Vorsitzende des Gerichts sich nicht aus der leidenschaftlichsten Ruhe und Unbefangtheit drängen lassen; er hatte sein Temperament besser zu beherrschen, als es geschehen. Jetzt steht Ahlwardt, so weiter Spielraum ihm gelassen wurde, noch als der in seiner Verteidigung beschränkte Mächtigste da, dem eine volle Beweisführung nur deshalb mißlänge, weil ihm vom Richter die Hände gebunden wären. Heute noch erzielte Ahlwardt einen großen Schlusseffekt in seinem Prozesse, da sein Verteidiger erklärte, die Verteidigung nicht weiter führen zu wollen, da sie ihm durch das Gericht beschnitten sei, und es gleich zu Anfang des Prozesses ersichtlich gewesen wäre, daß der Gerichtsvorsitzende bereits das Urtheil über seinen Klienten gefällt.

Es verlautet in weiten Kreisen, die eingehendste Beweisführung entspräche dem speziellen Wunsche des Kaisers. Es ist sehr erklärlich, daß der Kaiser wünscht, daß möglichst Aufklärung geschaffen werde, um unbarmherzig aus der Armer jedes Clement auszumergen, auf welchem der leiseste Makel ruhe. Aber sollte diese Annahme selbst sich bestätigen, so würde sie das, was sie bezweckt, erst recht nicht erreichen. Jede, auch die leiseste Beeinflussung des Ganges der Prozeßführung in einem Einzelfalle, und ginge sie von den besten Motiven aus, lockert das Ansehen der Reichspflege.

Beide sahen einem Schmetterling zu, der von Reife zu Reife flog, um an ihnen zu naschen. Giltig flog er, und seine Flügel zitterten noch langsam, wenn er schon auf der Blume saß. Und sie schwiegen beide.

Der Diener kam und meldete, daß „der Herr Pfarrer fertig sei“.

Sie gingen zusammen hinauf.

Forestier schien noch magerer geworden zu sein seit gestern.

Der Priester reichte ihm die Hand: „Auf Wiedersehen, mein Sohn. Morgen früh komme ich wieder.“

Er ging.

Sobald er das Zimmer verlassen hatte, versuchte der Kranke leuchtend die Hände zu seiner Frau zu erheben und schluchzte: „Rette mich... rette mich... Einzig, rette mich... Ich will nicht sterben... ich will nicht sterben... O, rette mich doch!... Sagt, was ich thun soll, holt den Arzt... Ich will ja alles einnehmen... Ich will nicht sterben... ich will nicht...“

Er weinte. Dicke Thränen rollten über seine fleischlosen Waden und an seinen abgemagerten Mundwinkeln bildeten sich Fältchen, wie bei einem weinenden kleinen Kinde.

Dann gingen seine auf das Bett gesunkenen Hände an, sich langsam und gleichmäßig zu bewegen, als wollten sie etwas von der Decke abplüden.

Seine Frau vermochte ihre Thränen nicht mehr zurückzuhalten und schluchzte: „Nein, Nein, es ist ja nichts. Es ist nur eine Krise. Morgen wird es schon wieder besser gehen. Der Ausflug hat Deinen Kräften zu viel zugemuthet.“

Forestier athmete hastiger, wie ein abgehefter Hund. Seine Athenzüge gingen so rasch, daß man sie nicht zählen, und waren so schwach, daß man sie kaum hören konnte.

Fortwährend wiederholte er: „Ich will nicht sterben... Oh, mein Gott!... mein Gott!... mein Gott!... Was wird aus mir?... Nichts mehr werd' ich sehen... nichts mehr... niemals mehr... Oh, mein Gott!“

Er sah irrend etwas Grünliches vor sich, das die

Der Prozeß Ahlwardt ist von weitgehenden Folgen. In den Kreisen, aus denen die Konfessionen sonst ihre Hauptkraft zogen, sind die Jungen gelöst. Was auch immer Schlimmes geschehen und im Volke mißfallen mag, erklärt sich nach ihnen aus dem Einfluß der Juden, und nur einen Schritt haben sie dann bis zu der Schlußfolgerung: Wer sich von den Juden kaufen läßt, ist auch überhaupt käuflich.

Die Konfessionen wissen noch nicht recht, wie sie sich mit der Ahlwardt'schen Wahl abfinden sollen; die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber ist nicht verlegen; sie zieht aus der Wahl Ahlwardt's die Moral, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht zu beseitigen sei. Ja, wenn das ginge! Das allgemeine gleiche Wahlrecht nurzelt so fest im Volke, daß es ohne Staatsstreich nicht mehr zu beseitigen ist. Und auf eine Revolution von oben wüßte das Volk zu antworten! —

Der Mangel jeden objektiven Urtheils, welcher Herrn Eugen Richter auszeichnet, sobald es sich darum handelt, auch einem politischen Gegner gerecht zu werden, hat dem Führer der Freisinnigen den Streich gespielt, daß er jetzt sogar, in einer sehr wichtigen parlamentarischen Frage von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ als Gemüthsmanu gegen die Privilegien der Reichstags-Abgeordneten ins Feld geführt wird. Es ist der Fall Ahlwardt, aus Anlaß dessen Herr Richter so vollständig aus dem Häuschen gerathen ist. Nachdem Ahlwardt nun einmal in den Reichstag gewählt ist, ist es selbstverständlich, daß seine Freunde den Versuch machen werden, das gegen ihn schwebende gerichtliche Verfahren einstellen zu lassen. Da gar kein Grund vorliegt, in diesem Falle anders zu verfahren, wie in Tugenden anderen Fällen, so wird der Reichstag einen bezüglichen Antrag annehmen, und Ahlwardt hat danach Aussicht, sobald er seine auf vier Monate laufende Strafbuß abgehört hat, Anfangs März in den Reichstag einzutreten. Diese Möglichkeit scheint nun Herrn Richter ganz um die Besinnung gebracht zu haben. Er schreibt, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ druckt es mit Begehr nach:

„Ein Ausschub in dem Revisionsverfahren aber könnte alsdann eine Verjährung des ganzen Strafverfahrens und damit auch des Revisionsurtheils zur Folge haben, wenn zwischen der letzten Prozeßverhandlung vor Unterbrechung durch den Reichstag und der Wiederaufnahme des Prozesses mehr als sechs Monate liegen. Dies wäre alsdann möglich, wenn die Reichstagsession sich bis in den Juni hincinzöge. Nun könnte man die Unterbrechung des Prozesses doch erst besfürworten, sobald sich Ahlwardt in der Lage befindet, ein Reichstagsmandat wirklich auszuüben. Denn das verfassungsmäßige Privilegium ist gegeben zur Sicherstellung dieser parlamentarischen Thätigkeit. Ahlwardt aber kommt in diese Lage erst nach Verbüßung seiner Strafbuß zu Anfang März. Bis dahin würde jede Unterbrechung des Prozeßverfahrens für die parlamentarische Thätigkeit von Ahlwardt bedeutungslos sein und nur die Wirkung einer Justizhemmung haben. Lediglich zu diesem Zweck aber ist das Privilegium nicht eingeführt worden.“

Mit diesen Ausführungen schlägt sich der Leiter der „Freisinnigen Zeitung“ selbst. Ist das verfassungsmäßige Privilegium gegeben zur Sicherstellung der parlamentarischen Thätigkeit der Abgeordneten, so hat auch Ahlwardt und seine Wähler das Recht, daß vom März ab — wo die Strafbuß abgelassen — der genannte Abgeordnete seine parlamentarische Thätigkeit ausüben kann. Den Umstand, daß Ahlwardt z. B. eine Strafbuß abzubüßen hat, dazu auszunutzen, darauf kann nur der blindeste Parteisannismus verfallen, wenn man nicht von Haus schon ein Feind dieser Privilegien selbst ist.

Wir dächten, gerade Richter hätte alle Ursache, zu bedenken, daß die Sonne nicht immer auf dieselbe Seite des Daches scheint. Was heute Ahlwardt recht, kann morgen irgend einem Freisinnigen billig sein.

Was Preußen für seine Lehrer thut, liefert den besten Beweis dafür, daß es nicht bloß den Namen des Kaiserreichs, sondern noch mehr den der Intelligenz verdient. Der jetzt dem Abgeordnetenhaus zugegangene Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens und des Dienstverhältnisses der Volksschullehrer, offenbart wieder eine kolossale Generosität. Vom 1. April 1895 sind aus allgemeinen Staatsfonds jährlich 8 Millionen Mark für Verbesserung des Dienstverhältnisses der Lehrer und Lehrerinnen (das macht auf den Lehrer durch-

schnittlich über 40 M.) und 1 Million Mark für Volksschulbauten und deren Ausstattung, sowie ein einmaliger Zuschuß von 6 Millionen zu Beihilfen für Schulverbände zu gewähren.

Um diese übermäßige Freigebigkeit des Staats voll und ganz zu würdigen, betrachte man das hohe Einkommen, welches vornehmlich die Lehrer auf dem Lande bereits heute genießen. Auf dem Lande sind 45 414 voll beschäftigte Bekehrte, darunter 3186 Lehrerinnen vorhanden. Von den Lehrern erhalten gegenwärtig einschließlich der staatlichen Alterszulagen

9 Lehrer ein Einkommen bis 300 M.	von 301—450 M.
78	451—600
2 300	601—750
6 127	751—900
2 938	901—1050
5 734	1051—1200
6 852	1201 M. und mehr.
5 041	
13 020	

In den Städten ist das Einkommen der Lehrer selbstverständlich höher. Bei ihnen läßt nun die Begründung der Vorlage eine vollständige Statistik vermissen.

Im Ganzen stellt sich nach der Statistik von 1891 in Preußen der Durchschnitt der Lehrergelöhner auf 1186 M. (der Landlehrer auf 1063) und zwar stehen 21 472 Lehrer, also ein Drittel, zwischen 450—900 M., 30 730 Lehrer, also beinahe die Hälfte, zwischen 450 und 1050 M.

Um diese Durchschnittszahlen zu würdigen, muß man die einzelnen Provinzen mit einander vergleichen. Auch hier fehlt eine eingehende Statistik. Doch genügen die paar Einzelangaben, um richtige Schlüsse zu ziehen. So beträgt im Regierungsbezirk Koblenz die Zahl der Landlehrer mit einem Einkommen bis zu 810 M. nur 3 pCt., im Regierungsbezirk Bosen 54 und im Regierungsbezirk Königsberg 42 pCt. Die elendeste Lage der Lehrer herrscht dort, wo der Sitz der junkerlichen Großgrundbesitzer ist und mit dieser elenden Lage Hand in Hand geht der junkerliche Hochmuth und die wegwerfende Geringschätzung des Lehrerstandes. —

Das Duell als militärische Einrichtung. Vom Straßengesetz ist das Duell zwar verboten, aber in Wirklichkeit ist es die vornehmste Einrichtung der vornehmen Hüter des Staates geworden. Das Duell begründet erst die Zugehörigkeit zur „guten“ Gesellschaft. In dieser Hinsicht ist ein Schriftstück interessant, welches vom „Westfälischen Merkur“ veröffentlicht wird:

Bezirks-Kommando Ahschaffenburg, Ahschaffenburg, 19. November 1892. Betreff: Anlaß von Mensurwaffen. — Randschreiben. — Einige Vorkommnisse in jüngerer Zeit lassen es angehen, daß sich das Offizierkorps des Landwehr-Bezirks Ahschaffenburg einen eigenen Paul-Apparat anschaffe, wie dies auch bei anderen Bezirke-Kommandos geschehen ist. Guter Hochwohlgeborenen ersuche ich, baldmöglichst auf Gegenwärtigem anher mitzutheilen, ob Wohlwieselben damit einverstanden sind. Bejahenden Falles ersuche ich um Beilage 1 M. als den auf einen Herrn treffenden Beitrag. — Der Bezirks-Kommandeur: v. Spruner, Oberst-Lieutenant.“

Der Duellparagraph steht aber noch immer im Straßengesetzbuch. —

Reichstags-Wahl in Friedeberg-Arnswalde. Der Schlusergebnis lautet nach der „Staatsbürger-Zeitung“ für Ahlwardt 11 206, für Drame 3306 Stimmen. —

Was für ein Schoof! Auf dem Lehrter Bahnhof gab der nationalliberale Herr Schoof, der Wahlmache-Bismarck's, diesem bei seiner Durchreise durch Berlin die Erklärung ab, daß sein Wahlkreis vollständig beruhigt sei, wenn Bismarck nicht im Reichstage erschiene. Herr Schoof hätte seine Erklärung noch weiter dahin ausdehnen können, daß es dem ganzen Volke vollständig Wurst sei, ob der Hauptkunkerer und Despatchesfischer im Reichstage erscheine oder nicht. Die Wahl Ahlwardt's erklärte Bismarck als ein Zeichen der Unzufriedenheit damit, daß er nicht mehr Reichskanzler sei. —

Fürst Bismarck in russischer Bezeichnung. Der „Grajdanin“ tabelt die Angriffe, welche von der deutschen Presse jetzt noch gegen Bismarck gerichtet werden:

„Was Bismarck in seinen Gesprächen über Rußland erzählt hat, ist uns in höchstem Grade nützlich. Auch kann man andrufen: Wahrheit! groß ist der Gott des russischen Landes! Bismarck hat uns alle politischen Geheimnisse...

Als er zurückkam, spürte er großen Hunger. Frau Forestier sah ein wenig, dann begaben sie sich beide zur Leichenwache in das düstere Zimmer.

Auf dem Nachttisch standen zwei brennende Kerzen neben einer Schüssel, worin ein Wismofenzweig schwanenbuchsbäum, wie es sich eigentlich gehörte, war nicht anzutreiben gewesen.

Sie waren allein, der junge Mann und die junge Frau neben ihm, der nicht mehr war. In Gedanken versunken sahen sie ihn schweigend an.

Georges konnte seinen Blick nicht von ihm abwenden. Rings um den Leichnam lag Schatten, und er fürchtete fast, in ihn hincinzubliden. Seine Augen, sein Geist hing an wie gebannt an dem mageren Gesicht des Todten, das flackernden Kerzenlicht noch höher ansah. Das war doch sein Freund, war Charles Forestier, der gestern noch ihm gesprochen hatte! Wie sonderbar und grauenhaft so das völlige Ende eines Wesens! Oh! Jetzt erinnerte sich an die Worte Norberts von Varenne, den die Todessurche qualte: „Nie kehrt ein Wesen zurück.“ Millionen und Milliarden werden geboren, sie gleichen ihm beinahe, sie haben Augen, Nase, Mund, Gehirn und dem die Gedanken, wie er, und doch kommt der nie zurück, der einmal in die Erde gebettet ist.

Ein paar Jahre lang hatte er gelebt, gegessen, gelacht, geliebt, gehofft, wie jeder Mensch. Nun war alles vorüber für ihn, vorüber für immer. Das Leben! Einziges, was er wußte es, dann ist es aus. Der Mensch wird geboren, wächst, ist glücklich, wartet und wartet und stirbt dann. Nicht Abschied auf immer, Mann oder Weib, ihr Leben nicht wieder. Und doch trägt jeder den fleischhaften Wunsch nach Unerblichkeit in sich, jeder eine Art Unsterblichkeit im Unsterblichen und doch geht bald völlig in dem Rauch neuer Keime auf. Pflanzthiere, Menschen, Sterne, Welten, alles lebt und stirbt dann, um sich umzuformen. Und nie kehrt ein Mensch wieder, nicht Insekt, nicht Mensch, nicht Planet!

Eine namenlose, marternde Angst fiel auf Durand, die Angst vor dem unbegrenzten, unvermeidlichen Nichts, das alle Wesen spurlos verzehrt und ihr kurzes...

und Wien und London preisgegeben... Bismarck giebt uns aufrichtig den Rath, eines schönen Tages den Schlüssel zu den Thoranen in die Tasche zu stecken, dem Sultan Harun und Persien zu garantiren, dann aber ruhig zu warten, bis uns Europa deshalb den Krieg erklart u. s. w. Was er aber gerathen hat zu thun, damit wir mit den Usurpatoren von Serbien abrechnen - das ist bis zur Stunde noch nicht veröffentlicht. Mit einem Wort, der große Bismarck gehet jetzt uns, er verdient alle Achtung und Dankbarkeit der Russen dafür.

Die „Kreuz-Zeitung“ findet diese russische Vertheidigung des Fürsten „traurig“. Noch trauriger war die ganze Thätigkeit des Fürsten Bismarck, auch als er noch von der „Kreuz-Zeitung“ verherrlicht wurde.

Auf der Balkanhalbinsel sieht es recht bedenklich aus. In Serbien sind die russischen und gegenrussischen Parteien bis an den Rand des Bürgerkrieges gekommen, und in Bulgarien hat die Regierung, die bisher ziemlich korrekt verfahren, sich durch die Zettelungen Russlands zu einem Statistreich verleiten lassen, der wohl zum Bürgerkrieg führen wird. Man sieht, „Väterchen“, der Fort der Ordnung in Europa, ist thätig an der Arbeit. Uns Deutsche braucht das aber nicht zu erschrecken, denn es bringt England in die Arena.

Der neue französische Handelsminister soll ein gemäßigter Freihändler sein, oder ein gemäßigter Schutzzöllner - was auf das gleiche hinausläuft. Da hängt nun in Deutschland sofort der freihändlerische Himmel voller Baggelgen, zumal auch die Wahl Cleveland's in Amerika überschwängliche Hoffnungen erweckt hat. Nun - weder in Frankreich noch in Amerika werden diese Hoffnungen sich erfüllen. Ueberhaupt ist der Karren der kapitalistischen Gesellschaft zu verfahren, daß auch das Freihandels-Rohr ihn nicht mehr aus dem Morast ziehen kann.

Auch in Spanien Ministerkrise. In der Stadtverwaltung in Madrid sind riesige Unterschleife entdeckt worden, die in so hohe Regionen hinaufreichen, daß die Minister selbst kompromittirt sind. Und da auch sonst vieles faul ist im Lande Spanien, so halten die Herren Minister sich nicht mehr für stark genug, die Zügel der Regierung zu führen. Ein neues Ministerium soll nun kommen, das die alte Wirtschaft unter anderem Namen fortsetzt, bis der unvermeidliche Kladderadatsch da ist.

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage. In Leopoldshafen bei Karlsruhe, einem sozialdemokratischen Orte, fand am 27. November eine sozialdemokratische Versammlung statt, in welcher Apotheker Luz aus Baden-Baden über die Militärvorlage referirte. Vor wenigen Jahren noch wäre in diesem Orte das öffentliche Auftreten für unsere Genossen im wahren Sinne des Wortes mit Lebensgefahr verbunden gewesen. Am gleichen Tage fand, wie kürzlich schon berichtet wurde, in dem ganz „schwarzen“ Dorfe Zentheren bei Bruchsal eine von 200 Personen besuchte Versammlung statt, deren Verlauf ein geradezu begeisternder war. Genosse Sudkamp referirte über das Thema: „Was will die Sozialdemokratie?“ Genosse Kalndach sprach über die Militärvorlage. Drei Wochen vorher hatte der Bürgermeister dieses Ortes unsere Genossen an der Vertheilung eines Flugblattes noch mit der Begründung „gehindert, der Herr Pfarrer hätte sich darüber beschwert. Die in Karlsruhe am 23. November gegen die Militärvorlage abgehaltene Protestversammlung war, wie nachträglich bemerkt sein mag, von ungefähr 2000 Personen besucht.

Im Königsbergsaal zu Permunt fand am 4. Dezember die erste, von sozialdemokratischer Seite einberufene Volksversammlung statt. Dieselbe war von ca. 600 Personen besucht und nahm nach dem Referat des Genossen H. Dröge-Hannover eine Resolution gegen die Militärvorlage an, worin der Reichstag ersucht wird, für den Militarismus keinen Mann und keinen Groschen mehr zu bewilligen.

In Biebrich a. Rh. fand eine Parteiversammlung nach dem Berichte des Genossen Fleischmann über den Berliner Parteitag eine Resolution, in welcher sie sich mit dessen Beschlüssen einverstanden erklärte, ferner nach dem Vortrag desselben Genossen über die Militärvorlage eine Resolution folgenden Inhalts: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie ist mit ihm der Meinung, daß der moderne Kapitalismus und sein politischer hässliches Leben. Er beugte schon die Stirn vor dieser Drohung. Er dachte an die Fliegen, die ein paar Stunden an die Thiere, die ein paar Tage, an die Menschen, die ein paar Jahre, an die Weltkörper, die ein paar Jahrmillionen leben. Ein paar Morgengrößen mehr, das war der ganze Unterschied.“

Er wandte die Augen fort, um den Leichnam nicht mehr sehen zu müssen. Auch Frau Forester ließ den Kopf hängen und schien in schmerzliche Gedanken versunken zu sein. Aber ihre blonden Haare standen ihrer Trauer so reizend, daß ein süßes Gefühl in das Herz des jungen Mannes wie ein Hoffnungsschimmer zog. Was sollte er sich träumen, da noch so viele Jahre vor ihm lagen?

Er begann sie zu betrachten. In ihrem Sinnen bemerkte sie es nicht. „Das einzige Glück des Lebens ist doch die Liebe.“ sagte er sich, „ist ein geliebtes Weib in seinen Armen halten. Da ist die Grenze menschlichen Glücks.“ Welch' Glück hatte doch der Todte dort gehabt, diese kluge und reizende Gefährtin zu treffen! Wie mochten sie sich nur kennen gelernt haben? Was hatte sie bestimmt, diesen mittelmaßig begabten, armen Mann die Hand zu reichen? Wie hatte sie es angestellt etwas aus ihm zu machen?

Er dachte an die Geheimnisse, die auf dem Boden jeder Egoisten ruhen. Er erinnerte sich daran, was man sich über den Grafen Vaudrec zuschickerte, der sie ausgestattet und verheiratet hatte, wie es hieß.

Was fing sie jetzt an? Wen wählte sie zum Mann? Einen Abgeordneten, wie Frau von Marelle annahm, oder einen Burschen von Zukunft, einen zweiten, höheren Forester? Hatte sie schon Absichten, Pläne und bestimmte Vorstellungen darüber? Wie gerne hätte er alles das gewünscht. Aber weshalb beunruhigten ihn diese Fragen überhaupt? Er sann nach und fand, daß seine Urruhe von unklaren, unbestimmten Hintergedanken herrührte, die jeder vor sich selbst verbirgt und erst entdeckt, wenn er auf den Grund seiner Seele geht.

Ja, warum versuchte er nicht selber, sie zu erobern? Wie stark und unbegreiflich würde er, vereint mit ihr,

Schüler, der Staat, des Militarismus bedürfen zur Sicherung der Interessen des ersteren; daß die Klasse der wirtschaftlich schon maßlos angebreiteten Proletarier wohl zum Tragen des größeren Theils seiner Kosten verpflichtet wird, daß sie aber durchaus kein Interesse am Bestehen des Militarismus hat. Im Gegentheil hält die Verschmelzung des Militarismus für das größte Hinderniß einer friedlichen Kulturentwicklung und verwirft ihn deshalb. Sie hält es für selbstverständlich, daß die Vertretung der Sozialdemokratie im Reichstage auch der neuen Militärvorlage gegenüber die bekannte Stellung einnimmt: „Keinen Mann und keinen Groschen!“

Eine Volksversammlung in Anspach, die außerordentlich stark besucht war, wurde während des Referats des Genossen Hoch-Frankfurt vom überwachenden Gendarmen aufgelöst. Ebenfalls durch polizeiliche Auflösung endete eine Versammlung in Preeß (Schleswig-Holstein), in welcher Genosse Richard Müller aus Hamburg referirte.

Weiter wurden Protestversammlungen gegen die Militärvorlage abgehalten in Heigenbach und Damm (Referent Oppicius-Bodenheim), Nieder-Florstadt (Referent Brand-Frankfurt a. M.), Weidenberg (Ref. Oehme-Nürnberg), Oepfheim (Ref. Körner-Ludwigshafen).

Den Beschlüssen des Berliner Parteitag stimmten ferner zu die Parteigenossen in Magdeburg, Braunschweig, Kusenburg, Gölzig, Pärtz.

Gemeindevahlen. Bei der am 3. Dezember in Frankenhäusen am Kyffhäuser vollzogenen Stadtverordnetenwahl wurden die Parteigenossen Knopfmacher Franz Winter mit 442 Stimmen, Knopfmacher Aug. Ehrenberg mit 417 und Landwirth Wihl. Hoffmann mit 402 Stimmen gewählt. Die beiden anderen Kandidaten unserer Liste blieben mit 392 resp. 309 Stimmen deshalb in der Minorität, weil bei den ersten, dem Knopfmacher Wihl. Bauer, auf vielen Zetteln der Vorname verwechselt worden war, ferner weil bei letzterem, dem Genossen Aug. Wötcher II., eine erhebliche Anzahl Wähler die II. mitzutheilen vergaßen hatten. Klein 69 solcher Zettel wurden für ungültig erklärt. Die gegnerischen Parteien hatten sich sämtlich zu einem Kartell vereinigt und leisteten an Verdächtigungen unserer Kandidaten das menschenmögliche. Wie das Ergebnis der Wahl zeigt, war ihre Mühe umsonst.

In Döhlen bei Dresden wurde in der Klasse der Unanfertigen der sozialdemokratische Kandidat mit 144 Stimmen in den Gemeinderath gewählt. Der Gegenkandidat erhielt 65 Stimmen.

Den Dresdener Parteigenossen ist es, wie die „Sächs. Arbeiterzeitung“ meldet, nicht möglich gewesen, die Zahl der auf unsere Kandidaten gefallenen Stimmen festzustellen; unsere Vertrauensmänner wurden aus den Wahllokalen, wie voriges Jahr, so auch diesmal, entfernt und auf eingelegte Beschwerden erklärte der Rath, die Wahlhandlung wie auch die Stimmenauszählung finde geheim statt; die Leute, die mit der Leitung der Wahlhandlung beauftragt seien, wären vertrauenswürdige Männer, es bedürfte keiner besonderen öffentlichen Ueberwachung der Wahl. Trotz der Erklärung des Rathes, daß die Auszählung geheim sei, konnten am andern Morgen bereits die ordnungsparteilichen „Dresdener Nachrichten“ sowohl wie der „Dresdener Anzeiger“ die Namen der Gewählten, wie auch deren Stimmenzahlen angeben; man macht also diesen Blättern gegenüber kein Geheimnis aus dem Ergebnis der Wahl. Dagegen wurde den Vertrauensmännern unseres Wahlkomites auch am andern Tage von der Behörde jede Auskunft über die auf unsere Liste gefallenen Stimmen ausdrücklich verweigert, man verweise auf die amtliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses, die acht Tage später erfolgt. Dieses Verfahren ist einfach unerhört. Aber was lehnen sich die sächsischen „Ordnungs“-stüben daran, was die Arbeiterschaft über sie denkt?

Parteiinnungen. Magdeburg (seit 12. November 1891). Einnahmen 7426,25 M., Ausgaben 6464,62 M. (davon für Rechtsbeistand 1087,55 M., Unterstützungen an Familien der Inhaftirten und Gerichtslosten 3654,40 M., Zuschuß zur „Volksstimme“ 690 M.), Bestand 991,67 M. — Braunschweig. Jahreseinnahme in der Stadt 8177,72 M., von Lande eingesandt 119,92 M. Veranschlagt wurden: 1300 M. an den Parteivorstand, 830 M. zur Publikation, 1523,29 M. für Versammlungskosten, Referenten, Druckkosten, Porto, Unterstützungen und alle sonstigen Parteizwecke.

Die czechisch-slavische Sozialdemokratie hielt am 20. November in Jungbunzlau eine Bezirkskonferenz ab, auf welcher die Orte Jungbunzlau, Weiskwasser, Müchengrätz, Turnau, Semil, Brandeis a. d. Elbe, Rymburg und Pobiedz durch Delegirte vertreten waren. Die Konferenz erklärte sich gegen die Teilnahme an dem von den czechischen Nationalitätsphilistern geplanten Einigungskongreß, der in Kladsno abgehalten werden sollte, und sprach sich für unbedingt freihalten an den Grundfragen der internationalen Sozialdemokratie aus. Man beschloß noch, die Zeitschrift „Omladina“ nach Jungbunzlau zu verlegen, und erklärte, den 1. Mai durch unbedingte Arbeits-

sein! Welche Laufbahn eröffnete sich dann vor ihm, welcher sichere Laufbahn!

Und weshalb sollte es ihm nicht glücken? Er gefiel ihr, das wußte er, er war ihr mehr als sympathisch, sie hatte jene Reizung für ihn, die so häufig zwischen ähnlichen Naturen entsteht und ebenso sehr in gegenseitiger Verführung als in stillschweigender Mitschuld beruht. Sie wußte, daß er klug, entschlossen und hartnäckig war, und daß sie sich auf ihn verlassen konnte.

Hatte sie nicht gerade ihn in so ernsten Umständen kommen lassen? Weshalb hatte sie ihn herbeigerufen? Wußte er darin nicht eine Art Wahl, Geständniß, Verurteilung sehen? Wenn sie gerade in dem Augenblick, wo sie Wittwe werden sollte, an ihn gedacht hatte, konnte er dann nicht annehmen, daß sie an ihn als ihren neuen Gefährten und Verbündeten gedacht hatte?

Eine ungeduldige Lust überkam ihn sie zu fragen, ihre Absichten zu wissen. Uebermorgen mußte er abreisen, er konnte mit der jungen Frau nicht allein unter demselben Dache wohnen. Gilt that also noth. Vor seiner Rückkehr nach Paris mußte er geschickt und ohne Kupdringlichkeit ihre Pläne erkunden, sie durfte nicht zurückkehren, den Willen eines Andern vielleicht nachgeben und sich unauflöslich binden.

Dieses Schweigen herrschte im Zimmer; man hörte nur die Urruhe der Uhr auf dem Kamin und ihr gleichmäßiges, metallisch klingendes Ticken.

„Sind Sie nicht sehr ermüdet?“ flüsterte er.

„Ja“, erwiderte sie, „hauptsächlich aber abgespannt.“

Der Laut ihrer Stimme verwunderte sie; er klang so fremd in dem düstern Gemach. Und sie blickten plötzlich auf das Gesicht des Todten, als erwarteten sie ihn sich bewegen, ihnen zuhören zu sehen, wie er es noch vor wenigen Stunden gethan hatte.

„Es ist ein harter Schlag für Sie“, fuhr Duroy fort. „Alles ändert sich in Ihrem Leben, Ihr Herz, Ihre ganze Existenz wird förmlich umgewälzt.“

ruhe feiern zu wollen. — Der oben erwähnte Kladsnoer Einigungskongreß unterliegt infolge der energischen Bekämpfung durch die slavische Sozialdemokratie.

Ueber Unzufriedenheiten des Internationismus wird uns aus St. Georgen im Schwarzwald geschrieben: Wir glauben uns hier in der Zeit des Ausnahmegesetzes zu befinden. Jede freie Bewegung der Arbeiter wird gewaltsam unterdrückt, jedes freie Wort mit Entlassung bestraft, ganze Familien fürst man solcherweise in Noth und Elend. In unserm schönen Schwarzwaldthälchen genügt schon die bloße Denunziation, Sozialdemokrat zu sein, um broilos gemacht zu werden. Auch wer nur sozialdemokratische Zeitungen liest, wird in den meisten Geschäften mit Entlassung bestraft oder man macht ihm das Leben derart sauer, daß er selbst die Arbeit niederlegt. Die Unternehmer haben auch Ursache, die Aufklärung der Arbeiter seitens unserer Partei zu fürchten, denn das Noos, was sie ihren Arbeitern bieten, ist nichts weniger als ein angenehmes. Die Arbeitszeit ist meist zwölfstündig, der Lohn (z. B. in der gesundheitsgefährlichen Email-Industrie sowie in der Uhrenfabrikation) ungenügend. Er schwankt in diesen beiden Branchen zwischen 1,80—2 M. Will bei solchen Löhnen ein Arbeiter seine Familie einigermaßen ordentlich ernähren — so weit man von ordentlicher Ernährung hier sprechen kann — so ist es ihm kaum vergönnt, Sonntags ein Glas Bier zu trinken. Es ist wünschenswerth, daß der Fabrikinspektor einmal die hiesigen Industrieanlagen einer gründlichen Besichtigung unterzöge; diese lassen zum Theil auch in sanitärer Beziehung zu wünschen übrig.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— In Straßburg i. E. wurde der Schuhmacher Böhle wegen einer Rede verhaftet, die er am Sonntag in einer Volksversammlung hielt, in welcher der Bürgermeister und Abgeordnete Dr. Petri über seine Thätigkeit im Reichstage berichtete.

— Oesterreichische Zensurblätter. Nr. 48 der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 2. Dezember: „Bei der Verhandlung wurde — Konfiszirt! — Konfiszirt! — mit der Ruthe und den Ketten.“

Soziale Uebersticht.

An die Rüstmacher Berlins.

Kollegen! Wohl kaum in einem anderen Gewerbe dürfte eine so große Theilnahmslosigkeit an der Organisation zu verzeichnen sein, als gerade in dem unsrigen. In den Versammlungen sind es immer nur einige Wenige, die ein lebhaftes Interesse zeigen; Kollegen, die früher am eifrigsten waren, gehören jetzt entweder überhaupt nicht mehr ihrer Organisation an, oder halten es zum mindesten nicht für nothig, sich aktiv an derselben zu betheiligen. Fragen wir nach dem Grund dieser beschämenden Erscheinung, so müssen wir uns sagen, daß etwa schon so energielos geworden sind, daß ihnen garnicht mehr der Gedanke kommt, eine Besserung ihrer Lage zu erkämpfen. Einer derartigen Apathie entgegen zu wirken, liegt aber im Interesse aller denkenden Kollegen. Möge daher ein jeder dafür wirken, daß das Interesse für die Organisation wieder geweckt werde. Am jedem Kollegen den Beitritt zur Organisation zu ermöglichen, hat die kürzlich abgehaltene Generalversammlung beschlossen, daß das Einschreibegeld, welches sich früher auf 50 Pf. stellte, fortan nicht mehr erhoben werden soll. Außer den 10 Pf. für das Mitgliedsbuch hat jetzt mithin jedes Mitglied monatlich nur 40 Pf. zu zahlen. Möge daher, wo jetzt durchaus keine nennenswerthen Opfer mehr zu bringen sind, ein jeder Kollege seiner Pflicht der Organisation gegenüber nachkommen! S. H.: Anton Müller.

Aufruf an die Bureaugehilfen Berlins!

Kollegen! Jedem von Euch dürfte bekannt sein, in welcher Lage wir, die wir uns etwas Besseres zu sein denken, als andere gewöhnliche Arbeiter, im Grunde eigentlich zu leben gezwungen sind. Sind wir doch größtentheils so traurig gestellt, daß wir noch froh sind, wenn wir etwa Arbeit mit nach Hause nehmen können, um bis spät in die Nacht hinein zu unserem lässlichen Gehalt noch einige Nebengroschen zu verdienen. Sollten diese traurigen Zustände uns nicht endlich zur Bestimmung bringen? Kollegen! Seht die Arbeiter um Euch her an, wie sie sich organisiren und kämpfen für ein besseres Noos und macht es ebenso! Erwacht aus Euren Dünkel und erkennt, daß Ihr, die gleichen Ziele wie die übrige Arbeiterschaft vor Augen, Euch ebenfalls zu organisiren habt, um vereint Euch von denen, für welche Ihr arbeiten müßt, Achtung zu verschaffen. Die Solidarität sei auch unsere Lösung! Ein jeder Kollege, der mit mir gleicher Bestimmung ist, möge seine Adresse bei Rudolph, Köpferstraße 3, Hof 2 Tr., niederlegen. Ein Bureaugehilfe.

Er schwieg. Sie erwiderte nichts. Schließlich stotterte er: „In jedem Falle kennen Sie ja unsern Vertrag. Versuchen Sie über mich ganz nach Belieben. Ich gehöre Ihnen Befehlen.“

Sie reichte ihm ihre Hand und sah ihn mit jenem sanften, melancholischen Blick an, der jeden Mann im Innersten erbeben läßt. „Ich danke Ihnen. Sie sind so gut. Könnte ich hoffen, daß ich auch für Sie etwas vermöchte, so würde ich erwidern: Verlassen Sie sich auch auf mich.“

Er ergriff ihre Hand, die sie ihm bot, bebielt sie in der seinen und drückte sie voller Verlangen sie zu küssen. Er entschloß sich endlich dazu, zog sie langsam an seinen Mund und preßte lange seine Lippen auf ihre weiße, ein wenig heiße, feibrige und parfümirte Haut.

Als er aber merkte, daß diese Lieblosung für eine rein freundschaftliche ein wenig zu lange dauerte, ließ er die kleine Hand wieder fallen. Sie sank weich und langsam auf den Schooß der jungen Frau zurück, die mit erster Stimme sprach: „Ja, ich bin allein, aber ich will muthig sein.“

Er wußte nicht, wie er ihr zu versprechen geben sollte, daß er sich glücklich, sehr glücklich schätzen würde, wenn er immer an ihrer Seite bleiben dürfte. Direkt durfte er es ihr zu dieser Stunde und an diesem Orte freilich nicht sagen, aber wie es ihm schien, konnte er es sie doch durch eine geschickte Wendung erathen lassen, konnte einen Nebenbeter in seine Worte legen, der alles ausdrückte, was er ausdrücken wollte.

Aber der Leichnam fürte ihn, der kalte Leichnam da vor ihnen, den er zwischen ihnen fühlte.

„Könnten wir nicht ein wenig das Fenster öffnen?“ fragte er. „Die Luft kommt mir verdorben vor.“

„Ja, ich merkte es auch eben“, erwiderte sie.

Er ging zum Fenster und öffnete es. Die duffende Frische der Nachtluft drang ins Zimmer, und die brennenden Kerzen am Bett flackerten. Wie am vorigen Abend goß der Mond sein fluthendes, friedliches Licht über die weißen Villenmauern und die weite, leuchtende Meeresfläche. (Fortsetzung folgt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Circus Renz.

(Karlsstraße.)
Donnerstag, den 8. Dezember 1892:
Abends 7 1/2 Uhr:

Gala-Vorstellung.

Aus dem Programm besonders hervorzuheben: Hippol. Kongress von 86 der edelsten Racepferde, vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. **Mr. James Pitts** mit dem Schulpferde **Germinale**. Concurrenzscheit, geritten von den Damen **Hel. Clotilde Hager** und **Oceana Renz**. 1. Austr. d. Geschwister **Thora** und **Thekla**.

Zum Schluss: **Der Auf Helgoland**. Mit neuen Einlagen, u. A.: Auszug der Leib-Garde-Artillerie. 1. Garde-Regiment zu Fuß. Obgr. Bürgerwehr. Ballet von 82 Damen.

Morgen, Freitag, Abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung mit neuem Progr. und **Auf Helgoland**.

Sonntag: 2 Vorstellungen um 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Silet-Borvorverkauf beim „Invalidendank“, Karlsgrabenstr. 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlsstraße.

Donnerstag, den 8. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr:

Gr. aussergewöhnliche Vorstellung.

55 Hengste, vorgeführt vom Direktor Althoff.

Aufführung des Parforcestückes:

Ein ungarisches Gytosfest

oder:

Eine Bauernhochzeit a. d. Pusta, ausgeführt vom gef. Personal mit Benutzung von 30 Pferden.

Außerdem Auftreten sämtl. Künstlerpezialitäten, sowie Reiten und Vorführen der vorzüglichsten Schul- u. Freiheitpferde. Kom. Intermezzeos v. sämtl. Clowns.

Freitag u. Sonnabend Abends 7 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung.

Sonntag: Zwei Extra-Vorstell. 4 Uhr (1 Kind frei) u. 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.

Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.

Täglich

Gr. Spezialitäten-Vorstellung

Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Vollständig neues Programm.

Soenrs Leuth, Athletiken.

Bernhard-Lrio, Parterres.

Mij Dphelia, Akrobaten.

mit ihren dreifürten **Cacabus**.

Clown Richards, Schnellzeichner

und seinem **Gänse-Zirkus**.

Clara Betoni, Bildhübche

Soubrette,

sowie Auftreten sämtlicher anderer Spezialitäten.

Anfang Wochentags 8 Uhr.

Concordia-Festsäle

C. Säger

Andreasstr. 64 und Krautsstr. 38.

Jeden Sonntag:

Grosses Konzert.

Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Nach dem Konzert:

Großer Ball,

ausgeführt von 2 stark besetzten Orchestern.

Meine auf das komfortabelste eingerichteten großen und kleinen Säle, sowie 5 neue Kegelbahnen, Billard und Vereinszimmer, stehen den geehrten Vereinen zur gef. Benutzung unter kulantesten Bedingungen. 49/12

mindestens 300 Personen fassend, zum 2. Weihnachtsfesttag Abends gefucht. Gutes Geschäft garantirt. Offertien an A. Kaiser, N 28, Adersstr. 84. 105/6

Vereinszimmer für 20-40 Personen mit Piano empfiehlt noch einige Tage das Weis- und Patriß-Bier-Lokal von P. und Parnimitr. L. 4615

Komiker empfiehlt sich. S. M. 90 Postamt 26. 4556

Saal

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Vading in Berlin, SW, Benthstraße 2.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Benthstraße 2.

Folgende empfehlenswerthe

Festgeschenke

halten wir gut und elegant gebunden vorrätzig:

Werke belehrenden Inhalts:

- Arbeiterbibliothek, Berliner.** I. Serie komplett (12 Hefte) gebd. M. 1,80. — II. Serie (14 Hefte) gebd. M. 2,40
- Arbeiterfrage, die ländliche.** Nach dem Russischen des Kadukow. 2. Aufl. gebd. M. 2,—
- Avolling, Ed., Die Darwin'sche Theorie.** Inhalt: Charles Darwin (Biographie). I. Die Entwicklungstheorie. — II. Die Abstammung des Menschen. — III. Affe und Mensch. gebd. M. 2,—
- Bebel, Aug., Die Frau und der Sozialismus.** Neueste Auflage gebd. M. 2,50
- Charles Fourier.** Sein Leben und seine Theorien. Mit einem Portrait Fouriers und einer Abbildung des Phalanstères. gebd. M. 2,50
- Der deutsche Bauernkrieg** mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters gebd. M. 2,90
- Becker, Bernh., Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalle's und seine Beziehungen zu Helene von Dönniges.** Neue Bearbeitung. gebd. M. 2,—
- Geschichte der revolutionären Pariser Kommune** in den Jahren 1789—1794. Mit Portrait Marat's. Broschirt gebd. M. 1,50
- Bibliothek politischer Reden.** I. Band. gebd. M. 1,30
- Bios, Wilh., Die französische Revolution.** Volksthümliche Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789—1804. Mit vielen Portraits und historischen Bildern. 632 Seiten gr. 8°. gebd. M. 5,50
- Die deutsche Revolution.** Geschichte der deutschen Bewegung in den Jahren 1848 und 1849. Mit vielen Portraits und historischen Bildern. VIII und 673 Seiten gr. 8°. gebd. M. 5,70
- Bock, C. E., Bau, Leben und Pflege des menschlichen Körpers in Wort und Bild.** gebd. M. 1,—
- Bommell, R., Die Geschichte der Erde.** Mit vielen Illustrationen und drei Karten. 684 Seiten gr. 8°. gebd. M. 3,90
- Brandes, Georg, Ferdinand Lassalle.** Ein literarisches Charakterbild. Aus dem Dänischen übersetzt. Mit Lassalle's Portrait. 2. Aufl. gebd. M. 3,50
- Corvin, Pfaffenstiel.** Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche. gebd. M. 4,—
- Darwin, Ch., Entstehung der Arten.** gebd. M. 3,—
- Engels, Friedr., Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates.** Im Anschluss an Lewis H. Morgan's Forschungen. 4. Aufl. gebd. M. 1,50
- Die Lage der arbeitenden Klasse in England.** Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen bearbeitet. 2. durchgesehene Auflage. XXXII und 300 S. Mit einem Plan von Manchester. gebd. M. 2,50
- Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft.** 2. Aufl. gebd. M. 3,—
- Humboldt, A. v., Kosmos.** Neue wohlfeile Ausgabe. gebd. M. 6,—
- Aufsichten der Natur mit wissenschaftlichen Erläuterungen.** Herausgegeben von Wilh. Bötsche. (Mit Humboldt's Bildnis.) gebd. M. 1,—
- Kautsky, K., Thomas Moore und seine Utopie.** Mit einer historischen Einleitung. gebd. M. 2,50
- Karl Marx' Oekonomische Lehren.** Gemeinverständlich dargelegt und erläutert. gebd. M. 2,—
- Das Erfurter Programm** in seinem grundsätzlichen Theil. 2. Auflage. gebd. M. 2,—
- Köhler, O., Welterschöpfung und Weltuntergang.** Die Entwicklung von Himmel und Erde, auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt. Zweite berichtigte und erweiterte Auflage. Mit 64 Abbildungen und 2 Sternkarten. gebd. M. 3,50

- Köhler, O., Der sozialdemokratische Staat.** Grundzüge einer mathematischen ersten Form sozialdemokratischer Gesellschaftsverfassung nebst einleitender Schilderung des bestehenden Systems. gebd. M. 1,00
- Lange, F. A., Die Arbeiterfrage.** Ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. 4. Auflage. gebd. M. 5,—
- Geschichte des Materialismus.** gebd. M. 12,50
- Langkaval, B., Der Mensch und seine Rassen.** Mit 4 Chromotafeln, 38 Vollbildern und 298 in den Text gedruckten Illustrationen. 600 Seiten gr. 8°. In eleg. Prachtband M. 5,50
- Lassalle, F., Reden und Schriften.** Neue Gesamtausgabe. Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein. Vollständig in 3 Bänden.

Bereits erschienen:

- Band I: in Leinen gebunden M. 3,—
- in Halbfrz. gebd. (Liebhabereiband) M. 4,—
- Band II: in Leinen gebunden M. 4,50
- in Halbfrz. gebd. (Liebhabereiband) M. 5,50

- Liebknecht, Wilh., Volk's-Fremdwörterbuch.** 6. Auflage. gebd. M. 3,—
- Robert Blum und seine Zeit.** gebd. M. 2,—
- Lippert, Julius, Die Kulturgeschichte** in einzelnen Hauptstädten. 3 Bchn. gebd. M. 1,—
- Lissagaray, Die Geschichte der Kommune** von 1871. Zweite, vom Verfasser durchgesehene Auflage. gebd. M. 3,—
- Lux, Dr. H., Sozialpolitisches Handbuch.** gebd. M. 2,—
- Marx, Karl, Das Kapital.** Kritik der politischen Oekonomie. 1. Bd.: Der Produktionsprozeß des Kapitals. 4. Aufl. im Halbfrz. gebd. M. 11,—
- Dasselbe.** 2. Bd.: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals. im Halbfrz. gebd. M. 10,—
- Das Elend der Philosophie.** Antwort auf Proudhon's „Philosophie des Elends“. Deutsch von E. Bernstein und R. Kautsky. Mit Vorwort und Noten von Friedrich Engels. 2. Aufl. gebd. M. 2,—
- Mignet, Geschichte der französischen Revolution** 1789—1814. Deutsche Uebersetzung. Mit Illustrationen. gebd. M. 2,—
- Morgan, L. H., Die Urgesellschaft.** Untersuchungen über den Fortschritt der Menschheit aus der Wildheit durch die Barbarei zur Zivilisation. Aus dem Englischen übertragen von W. Eichhoff, unter Mitwirkung von Karl Kautsky. gebd. im Halbfrz. M. 7,25
- Nordau, M., Konventionelle Lügen der Kulturmenschen.** gebd. M. 7,50
- Peitzler, J. A., Die soziale Baukunst.** Gründe und Mittel für den Umsturz und Wiederaufbau der gesellschaftlichen Verhältnisse. 2 Bde. gebd. M. 3,—
- Prows, A., John Oslowatome Brown, der Negerskandal.** Festschrift zur ersten Sekularfeier der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. gebd. M. —,75
- Renan, Das Leben Jesu.** gebd. M. 1,—
- Stern, J., Die Philosophie Spinoza's.** Erstmals gründlich ausgeheilt und populär dargestellt. gebd. M. 1,50
- Zimmermann, Dr. W., Großer Deutscher Bauernkrieg.** Herausgegeben von Wilhelm Bios. Zünstritt von Victor Schivert und D. E. Pau. 516 Seiten gr. 8°. In elegantem Prachtband M. 8,80

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsbedeute nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von auswärts ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Theater.

Donnerstag, 8. Dezember.
Spernhaus. Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Der Sturm.
Leistung-Theater. Die Orientreise.
Berliner Theater. Dora.
Wallner-Theater. Der Lebemann.
Deutsches Theater. Die Jüdin von Toledo.

Broll's Theater. Abu Hassan.
Hierauf: Das Nachtlager in Granada.

Neues Theater. Logischeuch.
Koschens-Theater. Im Pavillon. (Le Parfum).

Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Das verunschene Schloß.
Sellaklanche-Theater. Keine Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.

Thomas-Theater. Der ledige Hof.
National-Theater. Im Abgrund.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Negerin.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Vorletzte Woche. Zum 93. Male:

Die wilde Madonna.

Gefangensposse in 3 Akten von L. Treptow Couplets von G. Görs. Musik von G. Stöffens. Mit neuen Kostümen aus dem Atelier d. Fr. Köpke, und neuen Dekorationen v. Lütkemeyer in Coburg. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

In Vorbereitung:

Modernes Babylon.

Gefangensposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstätt. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Stöffens.

American-Theater.

Jeden Abend jubelnder Beifall!

Die Trodenwohner,

oder „Das Kind in der Kommode“, parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus, von Oscar Wagner.

Bendix

in seiner Saison-Nummer:

Man merkt's am Gang,

Da ist was mang!

Auftreten sämtl. Spezialitäten.

Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.

Sonntags 6 Uhr.

Passage-Panopticum.

Der Tiger-

menschen.

Castan's

Panoptikum.

Sensations!!

Prinzess Lopase.

Vorstellungen 11—1 und 4—9 1/2 Uhr

hündlich.

Dhne Extra-Entree.

Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77—79.

Täglich:

Germania-Konzert- u.

Kouplet-Sänger.

Wochentags frei.

Sonntags 30 Pfennig.

Kinder 10 Pf.

Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.

Zwei Säle

zu Versammlungen und Vergnügungen.

sowie 6 Billards- und 3 Kegelbahnen.

F. Sodtke.

Dr. Hoersch, homöopath. Arzt.

Prenenstr. 149. 8-10. 5-7, Sonnt. 8-10.



Musik-Instrumente.

Großtes Lager in Musikwerken zum Drehen und selbstspielend (alle mit Arbeiter-Liedern), sowie Ethern, Violinen, Gitarren, Albums u. Bierseidel u. Musik-Harmonika's etc.

Reparaturen schnell. Theilzahlung gestattet.

Vausitzerstr. 51, Aug. Kessler, Vausitzerstr. 51.



August Schulze

35 Kommandanten-Strasse 35

1. Etage (1854 L.)

Trauringe: 2 Dukaten 21 M.

empfehlen sein Lager in massiven Ringen, Ketten, Korallen, Granaten etc.

Bitte auf Haus- No. zu achten.

Christbaumkonfekt,

reichende Menge, nur gelesbare Waare, 1 Kiste Inhalt circa 400 Stück 2 M. 30 Pf., 1 Kiste Inhalt circa 270 gr. Stücke 3 M. Berlin, Brock, Bernauerstraße 4.

Vereinszimmer, Eimeonst 23, Hll.

Meyer's

Berlin, Brodhaus u. Bücher jeder Art kauft

Hannemann, Kochstr. 56.

Trikottwaren, reich mit Vortengarnitur, verkauft sehr billig, auch nach Maß, Grütze, Naunynstr. 9, v. 8 Tr.

Weißbierbrauerei Albert Bier,

begründet 1792, [3344]

Berlin O., Stralauerstr. 3-6.

Fernsprecher: Amt V, 1056, empfiehlt

feinstes Tafelweißbier,

Brauerei-Abzug.

30 halbe oder 15 ganze Liter

Kosten für 3 Mark.

Eigene Auschankstale:

1) Stralauerstr. 3-6, Oekonom

W. Witte.

2) Friedrichstraße 83, Ede Nob-

marinstraße F. Rowalk.

Pelzwaren.

Ginzelverkauf zu Engros. Preisliste direkt in d. Werkstatt. Stallschreiberstr. 50/51, v. 1 Tr. Ede Alexandrinenstr. 340

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung vom 7. Dezember 1892, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Boetticher, Hannover.

Eingegangen ist eine Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1892.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des von dem Abg. Dr. Fischer, Herbach, Möller, v. d. Schulenburg, Wechsungen, Freiherr v. Wendt und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Einführung des § 73a des Krankenversicherungs-Gesetzes, wonach die Mitglieder derjenigen freien Berufsstände, welche bis zum 1. Januar 1893 noch nicht die Versicherung erhalten haben, daß sie dem neuen Krankenversicherungs-Gesetze genügen; welche aber ihre Statutenänderung schon zur Genehmigung eingebracht haben, nicht zum Beitritt zu den Zwangsvereinen genötigt werden.

Abg. Möller (nll.) empfiehlt den Entwurf, welcher dadurch hervorgerufen sei, daß die große Menge von Statuten, welche zur Genehmigung eingebracht worden sind, von den Behörden noch nicht haben bewilligt werden können.

Damit schließt die erste Beratung; in zweiter Beratung wird der Gesetzentwurf unverändert angenommen.

Es folgt die erste Beratung des vom Abg. Mintelen eingebrachten Gesetzentwurfs, betr. die Aenderung und Ergänzung der Vorschriften der Straf-Prozessordnung über die Wiederannahme des Verfahrens sowie die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen.

Abg. Mintelen (Centr.) giebt in seiner Begründung zunächst eine Geschichte des Antrages, der den Reichstag schon seit vielen Jahren beschäftigt habe und auch in der Kommission schon gründlich erörtert sei. Nedner wendet sich namentlich dagegen, daß die Entschädigung auch jenen gewährt werden solle, welche im Wiedernahmeverfahren freigesprochen sind, ohne daß sich ihre volle Unschuld herausgestellt hätte. Nedner will nur denjenigen eine Entschädigung zubilligen, deren Unschuld sich herausgestellt hat. Nedner hält es, da zweimal eine gründliche Kommissionsberatung stattgefunden hat, nicht für nöthig, den Antrag an eine Kommission zu verweisen.

Staatssekretär im Reichs-Justizamt Hannover: Der Reichstages hat aus Anlaß der vorjährigen Verhandlungen angenommen, daß im Reichs-Justizamt ein Entwurf über diese Frage ausgearbeitet werde. Dieser Entwurf ist ausgearbeitet und zunächst an das preussische Justizministerium weiter gegeben worden. Im preussischen Justizministerium war man schon früher der Frage der Wiedereröffnung der Berufung näher getreten und hatte sich auch mit der Frage der Entschädigung unschuldig Verurtheilter beschäftigt. Der betreffende Gesetzentwurf liegt dem preussischen Staatsministerium vor, um eventuell als preussischer Antrag an den Bundesrat zu gelangen. Ich kann nicht sagen, wann die verbandelten Regierungen diese Vorlage bringen werden. Ob es angezeigt erscheint, bei dieser Sachlage die Beratung fortzusetzen, muß ich anheimstellen.

Abg. Hartmann (Dons.): Nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs ist die weitere Debatte eigentlich zwecklos. Die Frage der Entschädigung unschuldig Verurtheilter muß einer Regelung unterzogen werden. Die Einzelheiten haben ja auch auf Veranlassung des Bundesrates in ihren Etats Fonds auszuweisen, um hier helfen einzugreifen. Allein dieses Verfahren hat doch wenig Befriedigung hervorgerufen. Ich kann nur wünschen, daß die Vorlage der verbandelten Regierungen möglichst bald an das Haus kommt.

Abg. Frohme (Soz.): Mit der Erklärung des Staatssekretärs sind wir wenigstens einen Schritt weiter gelangt. Ich habe aber doch noch nicht die Befriedigung, welcher der Redeinhalt Ausdruck gegeben hat. Wenn der neue Gesetzentwurf eine Entschädigung nur den wirklich Unschuldigen gewährt, so ist derselbe durchaus mangelhaft. Es ist notwendig, daß auch denjenigen eine Entschädigung gewährt wird, welche zu Unrecht eine Untersuchungshaft verbüßt haben. Die Zahl dieser Fälle ist außerordentlich groß. Ich halte an dem Grundsatze fest, daß in allen Fällen, wo die Justiz die Schuld des Angeklagten nachzuweisen nicht im Stande ist, auch eine Entschädigung gewährt werden muß. Ueberhaupt wird man eine Grenze zwischen wirklicher Unschuld und der Wahrscheinlichkeit der Schuld schwer finden können. Im Untersuchungsprozess laufen der Justiz nicht selten die größten Fehler unter. Wir hatten namentlich unter dem Sozialistengesetz öfter Gelegenheit, nachzuweisen, daß in tendenziöser, nicht zu rechtfertigender Weise Untersuchungsshaft über Leute verhängt worden ist, deren Unschuld sich bald herausstellte. Eine entsprechende Vorschrift im Gesetz würde bewirken, daß die Justizbeamten in der Ausübung ihrer Funktionen etwas vorsichtiger sind. Man braucht nicht auf dem Standpunkte zu stehen, daß die Justiz durchaus korrumpirt ist; aber es können doch Ungerechtigkeiten passieren, wenn eine solche Vorschrift nicht vorhanden ist. Ebenso wie der Apotheker für die richtige Herstellung und Verabreichung der Arzneien verantwortlich ist, ebenso muß auch die Justiz verantwortlich sein. Das verlangt das Rechtsbewußtsein des Volkes. Der Antrag Mintelen giebt mir Veranlassung, auf eine Reihe der größten Mißbräuche, denen sich in der letzten Zeit einige Justizbeamte schuldig gemacht haben, aufmerksam zu machen. In Hamburg glaubte sich der Staatsanwalt Komen im Gerichtssaale verpflichtet, folgendes zu behaupten: die meisten Zeugen seien Sozialdemokraten und halten sich gemäß den in ihrem Parteiprogramm ausgesprochenen Grundätzen für berechtigt, auf den geleisteten Eid Unwahreres zu behaupten. Was soll man nun auf derartige tendenziöse Äußerungen antworten, wenn sie im Gerichtssaale und auch hier im Reichstage aus dem Munde des Herrn v. Puffamer laut werden? Derselbe Staatsanwalt stellte sich in einem andern Prozeß wiederum auf denselben Standpunkt, indem er einem Zeugen die Frage vorlegte, ob er der sozialdemokratischen Partei angehöre. Der Verteidiger erhob gegen diese Frage als nicht zur Sache gehörig Einspruch, der Staatsanwalt bestand aber darauf, weil er im Falle der Bejahung in Uebereinstimmung mit der von ihm an anderer Stelle entwickelten Anschauung die Glaubwürdigkeit des Zeugen bestritten müsse. Im weiteren bemerkte er, er sei im Grunde hinreichend Material zu bringen, daß die ganze Sozialdemokratie nicht nur den Meinsid billige, sondern ihn sogar verherrliche, wenn es dadurch möglich sei, einen Angeklagten der Bestrafung zu entziehen; daher habe er sich zu der von ihm getheilten Frage berechtigt. Wenn etwas Teratitiges in einem deutschen Gericht aus dem Munde eines Staatsanwaltes vernommen werden muß, so gewinnt die Fortsetzung der Entschädigung unschuldig Verurtheilter und Angeschuldigter noch eine ganz besondere Bedeutung; denn wenn solche Anschauungen im Gerichtssaale durchweg Geltung bekommen sollten, dann würde die Zahl der unschuldig Verurtheilten in ganz außerordentlichem Maße wachsen. Der Staatsanwalt wird dann auch demüthigt sein, den betreffenden Zeugen nachzuweisen, daß sie einen Meinsid geleistet haben, und sie vor Gericht zu stellen. Das ist ja psychologisch ganz richtig, denn die Richter sind eben die Vertreter der Rechtsanschauung, der Auffassungen und selbstverständlich auch der Interessen, welche im jeweiligen Falle die herrschenden sind. Aber es ist doch eine

Ungehörigkeit sondersgleichen, daß ein Justizbeamter, mag er persönlich über die Ehrenhaftigkeit der Sozialdemokraten denken, wie er will, einer ganzen großen Partei von etwa 2 Millionen ins Gesicht sagt: „Ihr seid ehrlos, ihr seid fähig, einen Meinsid zu leisten, wenn es im Interesse Eurer Partei gelegen ist!“ Man könnte sagen, daß sei eine verzerrte Erscheinung; ich bin aber in der Lage, mehrere Fälle konstatiren zu können, wo das in einer Art und Weise geschehen ist, die ein unbefluchtetes Rechtsbewußtsein im höchsten Grade empören muß. Wir haben in Magdeburg eine Reihe von Meinsidprozessen gehabt, die unsere Gegner gegen uns auszuspüren versuchten. Wie lag aber die Sache? In einer Versammlung zu Stohfurt sollte nach Befundung des überwachenden Polizeibeamten der Referent Mertens gefragt haben, das Rechtssprechungssystem sei miserabel. Mertens wurde dieserhalb angeklagt. In dem Prozesse bekundeten einige Entlastungszeugen, daß Mertens diese Worte nicht gebraucht habe; er wurde aber doch nach Aussage des Polizeibeamten verurtheilt. Dann wurden alsbald auch die Entlastungszeugen unter die Anklage des Meinsids gestellt. Es traten wieder Entlastungszeugen auf, welche ebenfalls bekundeten, daß Mertens jene inkrimirenden Worte nicht gebraucht habe. Auch die Aussagen dieser Zeugen wurden als unglauwürdig betrachtet und letztere ebenfalls des Meinsids beschuldigt. Nun stellte sich in der letzten Verhandlung beim Magdeburger Schwurgericht heraus, daß die Polizeibeamten gehört hatten, wie der Nedner die Nationalliberalen als Nationalmiserable bezeichnete, und er von einem miserablen Rechtssystem, nicht von einem miserablen Rechtssprechungssystem, gesprochen hatte. Da habe ein Polizeibeamt den anderen angestoßen, und dieser hätte darauf miserabel in sein Notizbuch verzeichnet und es dreimal unterstrichen. Wer da weiß, wieviel auf die Berichterstattung von niederen Polizeibeamten gegeben wird, der wird mir zugeben, daß nirgends mehr eine irrtümliche Auffassung stattfinden kann, als in solchen Fällen. Ein besondrer Umstand kommt noch hinzu: Mertens hatte behauptet, in Stohfurt habe ein Bürgermeister Reinhard erwiefernmaßen in einer geradezu fanatischen Weise in Gemeinshaft mit den Unternehmern Stellung gegen die Sozialdemokratie genommen. Er wurde deshalb wegen Verleumdung verurtheilt. Wenige Wochen darauf wurde eine ganze Reihe von Schriftstücken veröffentlicht, aus denen sich zur Evidenz ergab, daß Mertens allerdings mit seiner Behauptung Recht gehabt habe. Das mußte auch der Bürgermeister schließlich zugeben. Bei jenem Fanatismus, der keinen Unterschied zu machen weiß zwischen Recht und Unrecht, der dem Grundsatz huldigt, den politischen Gegner selbst durch ungerechtfertigte Handlungsweise zur Strafe zu ziehen, sind wir schon dahin gekommen, daß in politischen Prozessen nicht die fähle und nächterne Erwägung den Ausschlag giebt, sondern lediglich die Tendenz.

Vizepräsident Graf Valleström (unterbrechend): Ich nehme an, daß der Nedner nicht die deutschen Gerichte gemeint hat.

Abg. Frohme (fortfahrend): Ich glaube, daß meine Worte so deutlich gewesen sind, daß sie nicht mißverstanden werden konnten. Der geehrte Präsident hat wohl den Zusammenhang nicht genau angefaßt. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß in sehr vielen Fällen die Tendenz in politischen Prozessen den Ausschlag giebt. Vizepräsident Graf Valleström: Den Ausschlag geben bei Prozessen die Gerichte, also hatte der Nedner die deutschen Gerichte gemeint. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung! [Bravo rechts!] Die „Kölnische Zeitung“ sagte vor einiger Zeit, die Gerichte bildeten sich zu Tummelplätzen der Ausschreitungen des Parteigeistes aus. Es wird darauf angelegt, die politischen Gegner zu gemeinen Verbrechern zu stampeln. Das ist kein Ausspruch eines Sozialdemokraten, sondern der „Köln. Zeitung“. Sie bezieht sich dabei auf den Bochumer Fall. Als der Kulturkampf noch tobte, wurde oft aus den Reihen des Centrums genau dieselbe Anklage erhoben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich könnte Namen nennen, will das aber aus einer gewissen Rücksicht nicht thun. Wenn die Gefahr vorliegt, die politische Tendenz des Angeklagten ganz abgesehen von dem wirklichen Thatbestande für seine Schuld anzusehen, dann ist etwas in unserer Rechtspflege außerordentlich faul, dann hört für einen Sozialdemokraten vor einem solchen Gerichte die Rechtssicherheit überhaupt auf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann wird man dahin kommen, wenn man wegen seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat schon des Meinsids verdächtigt wird, ohne Rücksicht auf die Justiz, jede Aussage und jeden Eid zu verweigern. Wenn die Angeklagten, die nicht vor Gericht den Nachweis ihrer Unschuld bringen können, nicht so ohne weiteres als schuldlos zu erachten sind, dann würde ja in einem solchen Falle ein Sozialdemokrat niemals in die Lage kommen, für seinen Rechtsanspruch irgend etwas zu thun. Es wird überhaupt für ihn gar keinen Rechtsanspruch geben. Der Fehler liegt nicht sowohl bei den einzelnen Personen, als an dem ganzen System. Wird dieses nicht geändert, so wird ein Gesetz, wie es der Regierungsvizepräsident in Aussicht gestellt hat, nicht viel nützen. Dann wird nur ein ganz verschwügend kleiner Bruchtheil von unschuldig Verurtheilten die Wohlthaten eines solchen Gesetzes genießen. Ich hätte daher überhaupt nicht zu dieser Sache das Wort ergriffen, man soll aber nicht sagen dürfen, daß von unserer Seite niemand die Sache der unschuldig Verurtheilten vertreten und in diesem Falle nicht die nöthige Kritik geübt hätte.

Abg. Kaufmann (Dfr.): Wir können den heutigen Tag als einen Freudentag im Kalender bezeichnen, denn nicht immer werden uns so erfreuliche Mittheilungen von den verbandelten Regierungen gemacht. Allerdings haben wir ja daraus auch etwa 10 Jahre warten müssen. Ich holte es für zweckmäßig angesehen dieser Erklärung der Regierung nicht weiter auf die Einzelheiten einzugehen und möchte nur Herrn Mintelen gegenüber bemerken, daß es nicht ungewöhnlich ist, die Frage der Wiederannahme des Verfahrens und der Entschädigung unschuldig Verurtheilter zu verquiden dadurch, daß man einen Unterschied zwischen dem Unschuldigen und dem Freigesprochenen macht und nur dem erieren die Entschädigung zusprechen will. Es handelt sich jetzt nur darum, das Prinzip der Entschädigung festzustellen. Ich will nur wünschen, daß das Tempo, in welchem die Vorlage an das Haus kommt, möglichst beschleunigt wird.

Abg. Schneider-Hann (nll.) spricht seine Freude darüber aus, daß die Regierung jetzt selbst auf diesem Gebiete vorgehen wolle und bittet die Vorlage möglichst zu beschleunigen. Das die Entschädigung nur denjenigen zugesprochen werden kann, welche wirklich als unschuldig befunden werden, sei selbstverständlich.

Abg. Hankmann (Demokrat): Theoretisch läßt sich zwischen einem Freigesprochenen und einem Unschuldigen vortrefflich unterscheiden, aber praktisch wird das unmöglich sein. In Württemberg ist folgendes geschehen. Ein Mann ist wegen Diebstahls zu vier Jahren Zuchthaus verurtheilt. Nachdem er ein Jahr abgesehen hat, wird der wirkliche Dieb gefaßt und verurtheilt. Bei der Wiederannahme des Verfahrens wurde der Unschuldige freigesprochen, aber das Gericht erklärte, es könne sich nicht vollständig von seiner Unschuld überzeugen. Das Reichsgericht wies die Beschwerde dagegen zurück, weil der Mann nicht mehr verlangen könne, als freigesprochen zu werden. Der König

von Württemberg hat aber trotzdem dem Mann eine Entschädigung aus öffentlichen Mitteln zugebilligt. Solche Dinge werden sich öfter abspielen. Das Gericht wird selten dazu gebracht werden, zu erklären, daß es einen wirklich Unschuldigen verurtheilt habe. Ich bitte die Regierung, uns nicht so lange auf die Vorlage warten zu lassen, wie wir auf die heutige Erklärung haben warten müssen.

Ein Schlussantrag wird eingebracht und findet die nöthige Unterstützung. Abg. Stadthagen bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Die Zählung des Hauses ergibt die Anwesenheit von 146 Mitgliedern, von denen 106 für, 40 gegen den Schluß gestimmt haben. Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Schluss 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Interpellation betreffend die Abzahlungsgeschäfte und Fortsetzung der ersten Beratung der lex Petze.)

Die Wohlstandsverhältnisse in Preußen.

Die Einkommensteuer beginnt in Preußen bekanntlich mit 900 M. Die Steuer ist progressiv und steigt von 1/3 Prozent bis 4 Prozent. Es beträgt das durchschnittlich veranlagte Einkommen der Steuerzahler mit einem Einkommen über 900 M., also nur einer kleinen Minderheit der Bevölkerung:

Table with 2 columns: Einkommensklasse and Anzahl. Rows include: überhaupt (1891/92, 1892/93), Städte, plattes Land.

davon wurden an Einkommensteuer erhoben:

Table with 2 columns: Einkommensklasse and Steuerbetrag in Prozent. Rows include: überhaupt, Städte, plattes Land.

In den einzelnen Provinzen und Städten weicht die Durchschnittszahl bedeutend von dem allgemeinen Durchschnitt ab. So ergeben sich für das platte Land (wir entnehmen die Zahlen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“) für die einzelnen Regierungsbezirke folgende Sätze:

Table with 3 columns: Regierungsbezirk, Durchschnittseinkommen des Jeniten, Davon beträgt der Steuerbetrag Prozent. Lists provinces like Straßburg, Breslau, Magdeburg, etc.

Geben die vorstehenden Zahlen unter Berücksichtigung der Besitzvertheilung ein Bild von der Wohlhabenheit des platten Landes, so ergibt sich für alle Städte der Regierungsbezirke:

Table with 3 columns: Regierungsbezirk, Durchschnittseinkommen der Jeniten, Davon beträgt der Steuerbetrag Prozent. Lists cities like Wiesbaden, Aachen, Köln, etc.

Für die Groß- und Mittelstädte stellt sich das Verhältnis folgendermaßen. Der Durchschnitt der Steuer beträgt 2,31 pCt., was einem Einkommen von 900 M. entspräche:

	Prozent		Prozent
1. Wiesbaden	2,68	31. Frankfurt a. D.	2,19
2. Bonn	2,68	32. Königsberg	2,18
3. Frankfurt a. M.	2,62	33. Bielefeld	2,18
4. Düsseldorf	2,50	34. Bamau	2,18
5. Charlottenburg	2,50	35. Celle	2,18
6. Halberstadt	2,41	36. Elbing	2,17
7. Elberfeld	2,41	37. Nordhausen	2,17
8. Kachen	2,41	38. Kottbus	2,16
9. Köln	2,39	39. Gladbach	2,14
10. Mühlhausen i. Th.	2,39	40. Osnabrück	2,14
11. Potsdam	2,38	41. Arefeld	2,12
12. Berlin	2,38	42. Hilbesheim	2,12
13. Breslau	2,32	43. Pignitz	2,11
14. Hagen	2,32	44. Erfurt	2,09
15. Lüneburg	2,32	45. Bromberg	2,09
16. Magdeburg	2,31	46. Brandenburg	2,06
17. Effen	2,31	47. Stralsund	2,06
18. Koblenz	2,31	48. Kiel	2,05
19. Stettin	2,30	49. Duisburg	2,04
20. Hagen	2,30	50. Hensburg	2,02
21. Kassel	2,29	51. Bentzen	2,01
22. Münster	2,27	52. Landsberg	1,98
23. Barmen	2,26	53. Guben	1,97
24. Halle	2,26	54. Gmden	1,87
25. Trier	2,26	55. Neuscheid	1,86
26. Hannover	2,24	56. Altona	1,85
27. Oerlth	2,23	57. Dortmund	1,84
28. Göttingen	2,22	58. Bochum	1,80
29. Posen	2,21	59. Spandau	1,76
30. Danzig	2,20	60. Bünden	1,42

Da aber in diesen Listen nur die Einkommen über 900 M., also noch nicht eines Fünftel der Bevölkerung in Betracht kommen, so ergeben diese Zahlen kein allgemeines Wohlstandsbild. Das würde erst der Fall sein, wenn sämtliche Einkommen, auch die unter 900 M., mitgerechnet werden.

Tokales.

Zur Warnung für Arbeitssuchende aus der Provinz.

Ein Berliner Stellenvermittlung-Agent, in der Jägerstraße wohnhaft, annunciert in verschiedenen Provinzialblättern, daß er viele und gute Stellen zu besetzen habe. Vor allem verlangt er Arbeiterfamilien aus der Provinz. Die Anzeigen dieses Agenten sind auch zu finden in der „Magdeburger Zig.“ und im „Volksblätter Kreisblatt“. Ein Familienvater in Dahlemerwäldchen (Kreis Wolinitz) ließ sich durch die Anpreisungen der Anzeige verlocken, nach Berlin zu fahren und den Agenten aufzusuchen. Natürlich kam er um den üblichen Sonntag zu spät. Der Agent meinte, gerade am Tage zuvor sei ein Gutbesitzer dagewesen, der habe gleich zwei Arbeiterfamilien engagiert. Der Arbeiter wollte, daß er merkte, daß keine weitere Stelle frei war, sofort wieder nach Hause reisen, der Agent redete ihm aber zu, daß er nur noch einige Tage in Berlin bleiben sollte, es würde sich schon etwas finden. Für Logis und Kost sorgte der Agent, das kostete 2 M. pro Tag. Als die ersten Tage vergangen waren, ohne daß sich Arbeit fand, machte der Provinzler nochmals den Versuch, sich loszureisen. Es gelang ihm aber wieder nicht und so wurden aus den vorgenommenen 2 oder 3 Tagen deren zwölf. Dann aber drängte der Agent selbst zum Aufbruch, denn er merkte, daß das Geld des Provinzlers auf die Neige ging. Dieser hatte sich auch tatsächlich darauf ausgegeben, daß er das Fahrgeld zur Rückreise nicht mehr besaß. In seiner Angst ging er nach der Polizei und erzählte dort sein Abenteuer. Die konnte aber auch nichts machen und verwies den Provinzler an die Staatsanwaltschaft. Von dem vielen Laufen war derselbe aber darat kofus geworden, daß ihn nur noch ein Gedanke besaß: hinaus aus Berlin. Da er keinen Freund oder Bekannten hier hatte, der ihm vielleicht hätte aus der Roth helfen können, blieb ihm nichts anderes übrig, als den Weg in die Heimath trotz Wind und Wetter zu Fuß anzutreten. Sein Geld laugte gerade noch so weit, daß er noch einmal innerhalb des Reichsbildes von Berlin eine Stelle sich kaufen konnte. Ob der Mann heil und gesund nach Hause kommen wird, steht dahin. Er dürfte z. B. nicht auf der Landstraße liegen bleiben und erstarren, er dürfte auch keinen Gendarm in die Hände fallen, der sich nach seinem Behrnsfennig erkundigt. Inwieweit Meilen auf der Landstraße zurücklegen und keinen Pfennig Geld zu besitzen und trotzdem das Ziel glücklich zu erreichen, das ist beinahe ein Kunststück. Deshalb kann vor den verlockenden Annoncen der Berliner Stellenvermittler nicht dringend genug gewarnt werden, es steckt in den meisten Fällen nichts dahinter.

Einem hochinteressanten Vortrag über Fleiße- giftungen, deren naturmäßliche Entstehung und Vermeidung, hielt am Sonnabend Abend Herr Dr. J. Waruch vor einer zahlreich besuchten Versammlung des Ortsvereins der graphischen Berufswörter im Restaurant Walfstr. 91. Der Fleiße- giftung anschlöß sich — so erklärte der Redner — sind alle in Bleiweiß, Metallfabriken, Schriftsehreien beschäftigte Arbeiter, wie auch Schneider und Raser nicht Angehörigen verwandter Branchen. Von den in den ersten drei Kategorien angestellten Arbeitern bleibt kaum einer von der mitunter tödlich verlaufenden, häufig zum Selbstmord führenden Krankheit verschont. Als naturmäßliche Entstehung des Leidens giebt Redner den in den Werkstätten umherfliegenden „Bleihaub“ an, welcher entweder durch Ansehen an der Schleimhäute oder mit Speisen und Getränken infolge Uebertragung durch die Hände in den Magen gelangt, um von diesem Organ aus die bekannte furchtbare Verheerung im Innern des Vergifteten auszuüben. Die Fleiße- giftung markiert sich bei dem Leidenden durch ungünstiges Allgemeinbefinden, Beinträchtigung der Bewegung, des Empfindens und der Sinne, kann auch — wie nur wenig bekannt sein dürfte — zu Erblindungen führen! Als Schutzmaßregel gegen die Blei- vergiftungen, welche übrigens so stark verbreitet sind, daß in den hiesigen Krankenhäusern und Polikliniken hunderte derartiger Fälle zur Behandlung gelangen, empfiehlt Herr Dr. Waruch vor allem vorzügliche Ventilation der Arbeitsräume, wie auch nach Möglichkeit Aufenthalt solcher Arbeiter in der frischen Luft, pen- lichste Sauberkeit am Körper, Genuß häufiger warmer Bäder, jedesmaliges Waschen der Hände vor Essen und Trinken, Vermeidung der Mähtigkeiten in den Arbeitsräumen, Wechseln der Oberkleider beim Verlassen der Fabrik. Seitens der Versammlung wurde der Vorstand beauftragt, den lehrreichen Vortrag des Allgemein-Interesses wegen in den Graphischen Blättern ver- öffentlichlich zu lassen.

Ueber Hygiene der Barbierstuben hielt am Montag Abend Dr. A. Blaschko in der Dermatologischen Gesellschaft einen sehr beachtenswerten Vortrag. Dr. Blaschko wies durch zahl- reiche Beobachtungen nach, daß in den Barbierstuben, besonders in den billigen, nicht nur die gewöhnliche Geruchsichte, sondern noch eine ganze Reihe anderer ansteckender Krankheiten verbreitet werden. Diese Verbreitung erfolgt mittels der Bürste und Kämme, mittels des Rasirmessers, des Pinsels, der Serviette und der Puderdraque, aber auch direkt durch die Hände und Finger der Gehilfen. Zur Abhilfe empfiehlt Dr. Blaschko in den Fällen, wo gefordertes Barbierzeug für jeden einzelnen Kunden nicht durchführbar ist, das Abbrühen der Rasirmesser und Pinsel in kochendem Wasser vor jedesmaligen Gebrauch, für jeden Gast eine frische Serviette oder statt dessen Servietten von chinesischem Papier. Anstatt der Puderdraque sind Wattebäuschchen anzuwenden. Für Kranke oder Verdächtige ist gefordertes Kostzeug nöthig, das nach jedesmaligen Gebrauch durch Aus-

waschen desinficirt wird. Die Barbiers oder Gehilfen müßten in der Erkennung der häufigsten ansteckenden Krankheitsformen obligatorisch unterwiesen werden. Rebellische Vorschläge sind schon öfter gemacht, aber nicht durchgeführt worden. Dr. Blaschko meint nun, daß ebenso wie die Sanitätskommission des Polizeipräsidiums aus Anlaß der Choleraepidemie das Betreten der Bar- baaren in den Bädereien durch Anschläge verboten habe, so müsse auch hier die Gesundheitsbehörde eingreifen und durch periodisch wiederholte Revisionen sich von der Durchföhrung der Vorsichtsmaßregeln überzeugen, eventuell Zuwiderhandelnde be- strafen. Eine sehr gerechtfertigte Forderung ist die, daß mit ansteckenden Krankheiten behafteten Barbieren und Gehilfen — ebenso wie Bäckern, Schlächtern und Metzgern — die Aus- übung ihres Gewerbes unterlagt und event. die obligatorische Krankenhaus-Behandlung eingeföhrt werden müßte.

Wieder ein Theaterkrach! Nun ist auch das N e r a n d e r - Theater dem Pleitegeier zum Opfer gefallen. Die Frau Direktorin hat die Bande schließen müssen, weil die Ein- nahmen so minimale waren, daß der Weiterbetrieb sich als un- möglich herausstellte. Der Schatz Theaterdirektorin zu spielen, hat der geehrten Dame 70 000 M. gekostet, er war also unver- hältnismäßig kostspielig. Eine ganze Anzahl von Schauspielern sind mitten in der Saison, und obenin noch kurz vor Weih- nachten, hrotlos geworden, sie werden das ohnehin schon zahl- reiche Schauspiel-Proletariat noch vermehren.

Wir haben schon ein Mal Veranlassung genommen, uns mit dem „Neuen Theater“ am Schiffbauerdamm zu beschäftigen, das bekanntlich der Devis lautet: Ich kam, ich sah, ich — ver- sprachte. Die Direktion dieses Theaters geht mit dem engagierten Personal darat um, wie das sein Fabrikbesitzer seinen Arbeitern gegenüber kaum riskiren darf. Hierfür hat ein weiteres Beispiel: Die Leitung des „Kunst“-Theaters engagierte auch eine junge Schauspielerin, Fräulein Sch., die bislang an guten Bühnen, Hoftheater-Kassel, Stadttheater-Hamburg, Burgtheater-Wien u. s. w. aufgetreten war. Die Sager wurde auf 300 M. monat- lich festgesetzt. Die Dame spielte u. a. die eine weibliche Haupt- rolle in dem so glücklich abgefallenen Stück: „Die Liebeshän- dlerin“. An den Leistungen hatte weder Direktion noch Publikum etwas anzufehen, — im Gegenteil, der Direktor war so kultvoll, der Dome des Oesterei hobes Lob zu spenden und die Kritik ließ derselben volle Gerechtigkeit widerfahren. Was aber der Direktion ganz und gar nicht gefiel, daß war die Sager von 300 M. pro Monat. Um sich den größten Theil derselben abzuhalfen, wurde folgendes Mittel in Anwendung gebracht: Als der Mehrzahl der Kolleginnen des Fräulein Sch. schon ge- stündigt worden war, lud der Direktor am Tage vor dem 1. Dezember auch diese zu einer Besprechung ein und drohte der Erschrockenen, auf der Stelle zu kündigen, wenn sie sich nicht schon für den Monat Dezember einen Wagnerszug von 200 M. gefallen lasse. Es ist natürlich keiner Schauspielerin annehmlich, gestündigt zu werden, und so ließ sich auch Fräulein Sch. über- reden, einen neuen ihr vorgelagten Kontrakt, auf nur 100 M. Monatsgage lautend, zu unterzeichnen. Hieron wurden noch Agentenprojeute und 45 M. für eine Rechnung von Gerson ab- gezogen. Die Direktion hatte nämlich sämtliche Schauspielerinnen verpflichtet, sich bei Gerson sofort nach dem Eintreffen in Berlin Kostüme für das samose Stück „Die Liebeshänlerin“ anfertigen zu lassen. Es blieben also Fräulein Sch. noch 52 M. übrig, damit soll sie im Dezember leben und sich event. neue Toiletten anschaffen, sobald es nur die Direktion verlangt.

Als die Schauspielerin sich die Sager später reiflich über- legte, hätte sie natürlich am liebsten den 100 Mark-Kontrakt wieder rückgängig gemacht. Sie ist auch zu dem Direktor ge- gangen und hat ihre volle Sager und zugleich die Kündigung ver- langt, — mit welchem Erfolg, ist noch nicht bekannt geworden. In jedem Fall ist eine Kündigung seitens der Direktion des „Neuen Theaters“ für eine Schauspielerin nichts Schlimmes, die geschäftlichen Praktiken der Direktion sind ja nach gerade bekannt. Dieser Tage hat wieder eine Versammlung der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger stattgefunden, in welcher der „Fall Löwenfeld“ einer gründlichen Behandlung unterzogen werden sollte. Ob dies geschehen ist, wissen wir noch nicht, auf jeden Fall aber wäre es Sache der Gesellschaft, der Angelegenheit näher zu treten.

Eine Schiffkeinstrophe auf der Müggel. Am Sonn- abend fuhr ein Schleppteamper mit drei beladenen Zillen von Riederndorf über die Müggel, die, soweit sie nicht eingefroren war, stark mit Treibeis ging. Auf der Riederndorfer Seite, wo die Piloten fuhr, umgaben sie von allen Seiten mächtige Eis- schollen, die sich über einander thürmten und die Durchfahrt ver- sperrten. Der Schleppteamper, der am Zug einen Ueberecker hatte, hängte die Rähne ab und versuchte die Müggel zu durch- brechen. Durch die von dem Dampfer verursachten Wellen aber wurden die Eismassen zurückgetrieben und zwar Stromaufwärts dorthin, wo die Rähne lagen. Der erste derselben, der den An- spruch des Eises anzupakten hatte, ein Ded-Rahn des Schiffers J. Hinge aus Riederndorf mit einer Ladung von 600 Tonnen Zement wurde buchstäblich von den Eisschollen durchgeschnitten und sank im Verlauf einer Viertelstunde. Eigentümer und Mann- schaft retteten sich in Handlahn. Gegenwärtig ragt an der Unfallstätte, die sehr tief ist, nur noch die Mastspitze des Rahnes heraus. Es ist fraglich, ob es gelingen wird, Fahrzeug und Ladung zu heben.

Dampfer-Karambolage. Auf der Spree, an der Kurfürsten- brücke, karambolirten vorgestern Nachmittag zwei Dampfer, wobei sie beide einigen Schaden erlitten und der Wasserverkehr für längere Zeit gestört war. Die Schuld soll den Steuermann des Schleppteamper treffen. Der Fall lockte eine große Menge Neu- gieriger heran. Die beiden Dampfer mußten sofort außer Betrieb gesetzt werden.

Infolge des andauernden Schneefalles sind die Eisen- bahnhöfe, die aus dem Osten kommen, mit bedeutenden Ver- spätungen hier eingetroffen. Auch im Innern der Stadt ist der Verkehr sehr erschwert. So mußte gestern Nachmittag gegen vier Uhr ein Pferdebahnwagen, den das Pferd nicht mehr weiter- schaffen konnte, in der Jerusalemstraße gefahren werden. Es hielt dort fünf bis sechs Wagen hintereinander.

In den Kanal sprang gestern Abend gegen 10 Uhr ein Herr von der Kielerbrücke. Dort vor Anker liegende Schiffe erkannten den Lebendigen, und das sofort benachrichtigte 8. Polizeirevier in der Kesselfstraße sorgte für seine Ueberjüderung nach der Charitee. Aus seinen Papieren ergiebt sich, daß er der Gutbesitzer P. E. bei Grantee ist. Ueber die Beweggründe zur That, wie über seinen Aufenthaltsort hier war wegen der Vernachlässigungsfähigkeit des Kranken noch nichts zu ermitteln.

Vier Vögel. In einer der letzten Sitzungen der 139. und 140. Schöffengerichts-Abtheilung am Amtsgericht, die sich an der Stadtbahn neben dem Polizeipräsidium befinden, ergab es sich, daß in einer Strafsache vier Personen, Namens Vogel, zugegen waren; der als Richter dienende Assessor Vogel, ein Schöffe Vogel, der Angeklagte Vogel und ein Gerichtsbote Vogel. Die letzte nicht, so wäre der fünfte Vogel als Zeuge vertreten gewesen, näm- lich ein Schutzmännchen Vogel. Der Gerichtshof geriet ins Lachen, als dies Kuriosum durch den Anwalt, der als großer Vogel- jecund bekannt ist, schmunzelnd festgestellt wurde.

Marktpreise in Berlin am 6. Dezember, nach Ermitt- lungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,80—16,30 M., mittlerer von 15,20—14,90 M., geringer von 14,80—14,50 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,50—13,20 M., mittlerer von 13,10—12,90 M., geringerer von 12,80—12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 16,80—15,90 M., mittlere von 15,80—15,00 M., geringe von 14,90—14,00 M. Hafer per 100 Kg.

guter von 16,00—15,30 M., mittlerer von 15,20—14,50 M., geringer von 14,40—13,70 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von 4,65—4,00 M. Heu per 100 Kg. von 7—5 M. Gerste per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße von 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Binsen per 100 Kg. von 80 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rind- fleisch von der Kraxe per 1 Kg. von 1,00—1,10 M. Buchfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,00 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—1,00 M. Hammel- fleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Butter per 1 Kg. von 2,50 bis 2,00 M. Eier per 60 Stück von 5,00—3,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kalle von 2,80—1,00 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsch von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Biele von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 8,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 6. d. M. Vormittags fiel ein Laternen- Angünder beim Puhen einer Laterne vor dem Hause Brunn- straße 94 von der Leiter und erlitt einen Armbruch. — Nach- mittags verfuhr eine Näherin, sich in ihrer Wohnung, in der Gartenstraße, mittels einer Mischung von Petroleum und Benzol- spiritus zu vergiften. Nach Anwendung von Gegenmitteln wurde sie nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht. — In der Wäscheabrit von Schenberg, Andreasstr. 32, kurgte ein Gans- biener durch den Fahrstuhlstoß aus dem dritten Stock in den Keller hinab und erlitt anscheinend bedeutende innere Ver- letzungen, die seine Ueberföhrung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich machten. — Auf dem Holzplatz von Jacoby, Greifswalderstr. 62/63, wurde ein Arbeiter von einigen beim Aufsteigen herabfallenden Brettern getroffen. Er erlitt einen Bruch des Schlüsselbeins, sowie mehrere Rippen- brüche und mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain ge- bracht werden. — Abends sprang ein unbekannter, etwa 45 Jahre- alter Mann von der Kielerbrücke in den Spandauer Schiffahrt- kanal. Er wurde noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitee gebracht. — In der Nacht zum 7. d. M. ver- lieh der Maurer Frije den Schankwirth Koblering, als dieser ihm den Eintritt in seine Wirthschaft, am Schleischen Bahnhof, verwehrete, durch einen Messerstich in die Schläfe. — Im Hause des Tages und am darauffolgenden Morgen fanden zwei kleine Brände statt.

Theater.

In Thomas-Theater gelangte Dienstag von den Mäntchen zum ersten Male „Der ledige Hof“ von Angenruber zur Auf- führung. Auch in diesem Stücke hat es der Dichter verstanden, die Empfindungen des menschlichen Herzens treulich zu schildern. Die reiche Säuerin vom „ledigen Hof“ liebt ihren Großvater, der ihre Liebe erwidert. Da erzählt sie von dem Pflarzer, der als treuer Hirt der Kirche ihr Gut derselben sichern möchte, daher eine Heirath nicht gern sieht, daß der Großvater vorher ein Mädchen verlohrt und dann verlassen hat. Nun wendet sie sich von dem Geliebten ab; als sie ihn aber während eines fürchterlichen Sturmes auf dem See weiß, kommt zwar ihr zurückgekehrtes Gefühl mächtig zum Durchbruch, sie kann es jedoch trotzdem nicht über sich gewinnen, den Knacht nach den Erfahrungen über sich Vorleben zu heirathen, zumal das von ihm verlassene Mädchen in der Nähe ihres Hofes in großer Armuth lebt; auch er sagt, beschließt in die Welt zu gehen und durch ein neues Leben seine alte Schuld zu sühnen. Auf Bitten des verlassenen Mädchens nimmt die Säuerin deren Kind zu sich, um dasselbe zu einem braven Menschen zu erziehen, wozu die Mutter nicht fähig fühlt. Die Darstellung war durchweg eine vorzügliche und erntete wohlverdienten Beifall.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Schuhmacher! Der Streik in der Mauffstraße Schuhfabrik dauert fort. Zuzug ist streng fern zu halten. Sichen im Ausstand 25 Arbeiter (darunter 9 verheiratete) und 3 Arbeiterinnen. Geldsendungen sind zu richten an Aug. Pflaß, Köchlerstr. 11, 2 Tr., und Heint. Lau, Naumannstr. 72 bei Metzger.

In Sachen der Altonaer Zivilberufsmassiker brachte ein Genosse in der letzten Sitzung des dortigen Gewerkschafts-Parlaments zur Sprache, daß im „Hamburger Echo“ eine Annonce veröffentlicht war, wonin die Zivilberufsmassiker die Namen derjenigen Wirthschaften aufföhren, die sich ihren Bedingungen nicht fügten. Das sei eine Vogelfrei-Erklärung gleich zu achten. Die einzelnen Gewerkschaften wären nun nicht berechtigt, in jeder kleinen Frage den Vorfall zu verhängen. Wenn sie sich zum Boykott gezwungen sähen, haben sie sich an's Kartell zu wenden, und dieses habe zu entscheiden, ob der Boykott taktisch richtig und nothwendig sei. Dieser Auffassung hätten die Muster andere Aufgaben, als der herrschenden Kräfte die übrige Arbeiterschaft auch zu unruhigen, sie sollten vielmehr ihre ganze Kraft darauf verwenden, daß in ihrer so jungen Organisation die Mitglieder über ihre Lage in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht aufge- wöhrt werden. Er halte das Vorgehen der Muster für taktisch nicht richtig und unbedeutend. Das Gewerkschaftskartell war der- antragte Resolution annahm und im „Hamburger Echo“ publiziren ließ.

Die heutige öffentliche Delegirtenversammlung der Gewerkschaften Altonas erklärt das Vorgehen der Zivil-Berufsmassiker betreffend die Veröffentlichung derjenigen Wirthschaften, deren Boykott nicht sofort auf die ihnen gestellten Bedingungen eingegangen oder einen abschlägigen Bescheid ertheilt haben, für unbedeutend und taktisch unrichtig und leinerewegs mit den Beschlüssen des Altonaer Gewerkschaftskartells über den Boykott und die Unterföhrung der Zivil-Berufsmassiker durch die Gewerkschaften übereinstimmend. Sie erwartet von den Zivil-Berufsmassikern für die Zukunft, daß sie die Ausbildung und Ausbreitung ihrer Organisation nur durch eigene Kraft und Energie betreiben. Dazu ist erforderlich, daß sie ihre Berufsgenossen gemeinschaftlich und sozialpolitisch aufklären und nicht fortwährend die so schon infolge der wirtschaftlichen Krise schwer geschädigte Arbeiterbewegung von dort- vorkommende Resolution wird die in einer früheren Versammlung gefasste Resolution, daß alle Klubs und Vereine bei Abschluß von Kontrakten mit Wirthschaften zu wirken haben, daß die erforderlichen Muster und die Klauer von den Vereinen genommen sind, welche sich dem Kartell angeschlossen haben, nicht aufgeben.

Ueber die Mannheimer Arbeitslosenstatistik brachten gestern die Mittheilung des „Berliner Tageblatts“, wonach die soeben abgeschlossene Arbeitslosenstatistik sich 1700 Arbeitslosen an 2500 Personen geföhrt werde. Nach der all- fähigen Feststellung sind jedoch, wie die Mannheimer „Wirt- schaft“ in der Diebstahl-Nummer meldet, 1043 Fragebogen ge- gelaufen, die Anmerkungen mehrten sich aber fählich; es müssen angenommen werden, daß die Zahl der Arbeitslosen nahe 1500 heranreiche. Viele Arbeitslose hätten die Fragebogen nicht ausgefüllt, weil sie davon für sich Noththeile befürchteten. 634 Fragebogen, die von den 1043 bis jetzt bearbeitet sind, ermittelte, daß die Zahl der Arbeitslosen zusammen mit der der ihnen abhängigen Familienmitglieder 2240 betrug.

In Halle a. S. hatten die Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereiner eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen, in welcher der Kreisrichter Dr. Goldschmidt referieren sollte. Trotzdem öffentliche Arbeiterversammlungen für Bureau selber wählten, lehnten die Einberufer das diesbezügliche Verlangen der Versammlung ab und schlossen diese, als die Halle'schen Arbeiter auf ihrem nur zu gerechtfertigten Verlangen bestanden.

Eine Nürnberger Arbeiterversammlung, in welcher Segitz referierte, verhing über die Fürther Brauerei Spora & Meyer gleichfalls den Boykott.

In Wien streifen die Stadtdirektor der Firmen Johann Kattel, V. C. Vergasse 29; A. Pollak, VII. Kaiserstr. 85, und R. Greyer, VI. Gumpendorferstr. 104; in Salzburg Formner der Salzburger Eisengießerei (wegen vorkünftigung); in Blanzko bei Brunn die Eisengießerei der Fürst Salm'schen Marienhütte (Wohnkürzung ist die Ursache; die Streitenden verlangen auch die Entlassung des Direktors). Noch allen vorzugesannten Werkstätten ist der Zugang streng ferngehalten.

Versammlungen.

Neun öffentliche Protestversammlungen gegen die Militärvorlage tagten gestern Abend in den verschiedenen Stadtbezirken Berlins. Selbstredend ist uns für heute die Wiedergabe ausführlicher Berichte noch nicht möglich, wir begnügen uns daher mit der Mitteilung, daß sämtliche Versammlungen der Resolution zugestimmt haben, welche der diesjährige Parteitag in seiner Sitzung vom 16. November angenommen hat. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Durch die dem Reichstage in Aussicht gestellte Militärvorlage werden dem schon jetzt durch den Militarismus außerordentlich bedrückten deutschen Volke noch neue persönliche und finanzielle Lasten zugemutet, die es nicht tragen kann, ohne auf die wichtigsten Kulturarbeiten zu verzichten, und ohne daß die Quellen der produktiven Arbeit geschädigt werden.

Das herrschende Militärsystem, nicht im Stande, die Sicherheit Deutschlands gegen feindliche Ueberfälle zu gewährleisten, bildet eine fortdauernde Bedrohung des Völkerfriedens, und dient der kapitalistischen Klassenherrschaft, deren Zweck die wirtschaftliche Ausbeutung und die politische Niederhaltung der Arbeiterklasse ist, als vornehmlichstes Werkzeug.

Die Versammlung fordert daher, entsprechend dem Programm der sozialdemokratischen Partei, die Einführung eines auf Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit beruhenden und die allgemeine Volkseinsatzung verwickelnden Wehrsystems und erklärt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in vollem Einklang mit der Sozialdemokratie politisch organisierten Arbeiterklasse Deutschlands handeln, indem sie die Regierungsvorlage sowie jede anderweitige Forderung für das gegenwärtige Militärsystem verwerfen.

Eine am 13. November von Buchdrucker-Arbeitern einberufene öffentliche Versammlung der Mitglieder der Allgemeinen Leibs-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen, zu welcher von den 71000 Mitgliedern derselben ungefähr 100 erschienen waren, beschäftigte sich lebhaft mit den beschiedenen Klassenverhältnissen. Zum Schluß wurde von den noch anwesenden etwa 80-40 Personen eine Anzahl Resolutionen angenommen, welche mehr oder weniger gegen die bisherige Amtsführung des Vorstandes, sowie gegen die von der Generalversammlung beschlossene Statutenänderung gerichtet waren. Das Verlangen, daß der Vorstand die Beschlüsse der Generalversammlung nicht nur innerhalb der Grenzen des Gesetzes, sondern auch für die Durchführung derselben verantwortlich zu machen ist, wurde hierbei natürlich nicht in Betracht gezogen und auch nicht erwähnt.

Angeichts dieser Vorgänge fasste die am 4. Dezember stattgehabte öffentliche Generalversammlung folgende Resolution:

In Erwägung, daß der Vorstand und die ordnungsmäßig gewählten Delegierten sich durchaus ihrer Pflichten bewußt sind und diese auch voll und ganz ohne Rücksicht auf irgend welche Person nur im Interesse der Kasse ausführen; in Erwägung, daß der Vorstand und Delegierte nur Beschlüsse fassen können, die dem Gesetz entsprechen; in Erwägung, daß die Beschlüsse, die den finanziellen Verhältnissen der Kasse nicht entsprechen, sowohl die Kasse als solche, als auch die einzelnen Mitglieder schädigen würden, ohne Vorteile irgend welcher Art zu bringen, weist die Generalversammlung und der Vorstand die Vorwürfe, die den beiden Körperschaften gemacht worden sind, als ganz unrichtig zurück und erklärt, daß sie lediglich das Beste der Kasse gewollt und auch getan haben, soweit es im Rahmen des Gesetzes und des gegenwärtigen finanziellen Standes der Kasse möglich ist. Es werden trotz aller Agitationen, deren Urheber leicht erkennbar sind, nie mehr durch die Delegierten Versammlungen Beschlüsse gefasst werden, welche das Interesse der Kasse nur schädigen und den Mitgliedern nur unerschwingliche Kosten auferlegen.

Die Generalversammlung des Interessenvereins der Rifenmacher, welche am 27. November abgehalten wurde, fasste den Bescheid, fortan das Einschreibegeld nicht mehr zu erheben. Es sind daher jetzt von neuemintretenden Mitgliedern nur 10 Pf. für ein Mitgliedsbuch zu entrichten. Die Abrechnung vom Eintragsjahr ergab eine Einnahme von 145 M. 60 Pf. und eine Ausgabe von 113 M. 12 Pf., jedoch der Ueberschuß 32 M. 48 Pf. beträgt. Zum Kassier wählte die Versammlung den Kollegen S. a. u. d.

Friedrichsfelde. Am 27. November tagte hier eine Volksversammlung für Männer und Frauen, in welcher Genosse Thal einen beschriftigt aufgenommenen Vortrag über die Mission in Richte der heutigen Wissenschaft hielt. Nach Schluß des Vortrages erstattete Schleminger den Bericht der Lokal-Kommission und gab hierbei unter anderem Mitteilungen über die Verfassung eines Wirtes bekannt, die dahin ging, daß er sein Lokal schon zu Versammlungen herbeige, wenn er dann nicht mit der Polizei zu thun bekomme. Er sei von dem Gendarm Lindemann schon verschiedentlich angezeigt worden. Als Schleminger diese Worte gesprochen hatte, erklärte der überwachende Beamte die Versammlung für aufgelöst, weil der Redner persönlich geworden sei! Die Versammlenden räumten den Saal, blieben jedoch nachträglich noch in gemüthlicher Weise beisammen. Gegen die Auflösung ist natürlich Beschwerde erhoben worden.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für Teltow, Bredow, Charlottenburg hielt am 29. v. M. eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Dr. med. Sohn über sanitäre Mißstände sprach. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen im Sinne des Referenten. Vor dem Vortrage wurde der Bericht vom 8. Quartal entgegengenommen und die Wahl des Kassiers votiert. Als solcher wurde Genosse Schnell wieder gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder waren in einer früheren Versammlung gewählt worden. Der Vorstand besteht aus folgenden Genossen: G. Meyer, 1. Vorsitzender; A. Richter, 2. Vorsitzender; H. Kild, Schriftführer; A. Schnell, 1. Kassier; P. Wange, 2. Kassier. Unter „Beschwerden“ wurde aufgefordert, sich an den statistischen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit zu beteiligen.

In einer am 28. November abgehaltenen Volksversammlung sprach Frau Jähres über die kürzlich erschienenen Beschlüsse: „3/4 Monat Fabrikarbeiterin“. Da der Raum für Versammlungsdirektoren im „Vorwärts“ gegenwärtig sehr eng be-

messen ist, müssen wir es uns leider versagen, die scharfen, kritischen Ausführungen, welche die Referentin an diese Art moderner Philantropie knüpfte, hier wiedergeben. Wir beschränken uns daher auf die Mitteilung, daß der von der Referentin gehaltene Vortrag allseitige Aufmerksamkeit und Anerkennung in der Versammlung gefunden hat, wie dies u. a. auch in einer einstimmig angenommenen Resolution bekundet wurde. Nach Schluß des Vortrages erstattete Frau Buhle Bericht über die Revision der Frauen-Agitations-Kommission. Der Kassenbestand ist danach für richtig befunden worden. Den erfolgten Mitteilungen nach hat Frau v. Hoffstätten sich bei dem Kassenbericht vom 31. Oktober insofern geirrt, als sie eine Abrechnung über 1901 M. nicht notiert hatte. Die Belege dafür sind in Händen der Kommission. Es bleibt folglich ein Kassenbestand von 31,45 M. Bräulein Haase bestätigte den Bericht.

Unter „Verschiedenem“ erläuterte Herr Lothar den Zweck der Arbeitslosen-Statistik und forderte auf, sich dafür zu interessieren.

Frau Frohmann freiste die Dienstbotenfrage. Frau Wenzels wies auf die Protestversammlung gegen die Militärvorlage hin. Frau Jährenwald gab noch die nächste Versammlung vom Arbeiterinnen-Verein bekannt und forderte zum Beitritt in denselben auf. Mit einem begeisterten Hoch auf die Arbeiterinnenbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Unsern Bericht über die am 1. Dezember abgehaltene öffentliche Parteiversammlung berichtet Herr Alth a. u. s. dahin, daß er Bielefeld's Gehalt nicht bemängelt habe; von ihm sei nur gesagt worden, daß die Gehälter von unten heraus aufgebessert werden müßten. Auch habe nicht er, sondern sein Vortragsredner Mattau die Aeußerung bezüglich Hasenclever gethan.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm am Sonntag den Bericht über den Streik in der Mauff'schen Schuhfabrik entgegen. Es war daraus zu entnehmen, daß die Situation unverändert ist; nur ein paar Streikbrecher haben sich gefunden, Personen die in normalen Zeiten kaum ein Prinzipal in Arbeit nehme, wie berichtet wurde. Der faule die Zustände in dieser Fabrik wieder möglichst zu beschönigen. Natürlich war es den streikenden Kollegen ein Verdacht, durch beigebrachtes Thatsachenmaterial die dortigen Verhältnisse so hinzustellen, wie sie wirklich sind. Sehr scharf wurde von der Versammlung gerügt, daß die Polizei die Kollegen, welche von der Straße aus die Fabrik kontrollierten, mehrfach stieß habe. Zum Schluß fand eine Resolution des Jubels Annahme, daß eine durch den Delegierten der Streik-Kontrollkommission demnachst einberufende Volksversammlung über etwaige gegen die Firma zu unternehmende Schritte beschließen soll. Im übrigen war die Versammlung darüber einig, daß die Sperrung über die Firma Mauff fortzudauern hat.

In der öffentlichen Korbmacher-Versammlung, welche am 1. Dezember abgehalten wurde, theilte Keller mit, daß nur noch 43 Kollegen freizeit; die übrigen seien theils abgereist, theils anderweitig untergebracht. Jedoch seien zehn Kollegen zu Streikbrechern geworden. Ein Antrag auf Weiterführung des Streiks fand mit 63 gegen 3 Stimmen Annahme. Zum Stellvertreter in der Streik-Kontrollkommission wurde darauf folgt gewählt; zum Ersatzmann für die Gewerbegerichts-Wahlen ernannte die Versammlung den Kollegen Keller. Mit einem Hoch auf das Gelingen des Streiks schloß die Versammlung.

Weissenfee. Hier fand am 1. Dezember eine gut besuchte Volksversammlung statt. Genosse Reinhardt erstattete Bericht vom Parteitag, Salzmann und May kritisierten die Stellungnahme des Parteitag zur Frage des 1. Mai. Hierauf erstattete der Vertrauensmann Bericht über seine Thätigkeit. Zur Vertrauensperson wurde May einstimmig wiedergewählt. Mühlberg gab eine Uebersicht über die Thätigkeit als Gemeinderat. Hoffelt, Reinhardt und May waren der Ansicht, es wäre besser, Mühlberg lege sein Mandat in die Hände der Wähler zurück, da er nicht im Stande sei, unser Interesse im Gemeinderath zu vertreten. Mühlberg war trotz Einladung nicht erschienen, was die Versammlung mißbilligte. Ein Antrag, diese Angelegenheit einer nächsten Versammlung zu unterbreiten, wurde angenommen.

Den Genossen in Trebbin war es nach anderthalbjähriger unwillkürlicher Pause kürzlich wieder vergönnt, eine Versammlung abzuhalten, indem es mit Hilfe der Schwenderer Genossen gelang war, in letzterem Orte ein Lokal zu bekommen. Der vom Genossen Keller gehaltene Vortrag über die Militärvorlage wirkte in ändernder Weise auf die zahlreich erschienenen Genossen. Zum Schluß des Vortrages fand eine Protestresolution gegen die Militärvorlage Annahme. Sodann beschloß die Versammlung, einen Arbeiterbildungsverein für Trebbin zu gründen. Zur Verwirklichung der nötigen Vorarbeiten wurde eine Kommission gewählt, welche aus den Genossen Gräfe, Brockmüller, Winter, Hermann und Kängelmann zusammengesetzt ist. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung fand am Montag in Gradow's Bierhallen statt. Kollege A. D. Schulz veranlaßte eingehend die Haltung der Militärschneider zu den gefassten Beschlüssen, nachdem er sein Bedauern darüber, daß er diese Frage auf die Tagesordnung setzen mußte, ausgesprochen hatte. Kollege Timm gab Klarstellung über die während seiner unwillkürlichen Abwesenheit von einigen Militärschneidern über ihn in die Öffentlichkeit gelangenden Verhöhnungen. Wiesemann legte sich angeschlossen ins Zeug für die von den Militärschneidern vertretene Richtung, seine Ansichten wurden jedoch an der Hand schlagender Beispiele von den Kollegen Timm, W. Schulze, Dangig, Pfeiffer und in seinem Schlusswort vom Kollegen A. Schulz widerlegt. Hiernach gelangte gegen die Stimme Wiesemann's folgende Resolution zur Annahme:

Die heutige Versammlung erklärt, daß sie mit der Richtung des Militärschneider-Vereins keineswegs einverstanden ist. Ramentlich verurtheilt sie es, daß man sich mit dem schädigenden Treiben der Herren Koloff, Kroll und Jerwin einverstanden erklären kann. Die Versammlung erklärt ferner: daß es unerklärliche Pflicht der Arbeiter ist, dem Kapitalismus gegenüber sich geschlossen zu vereinen und verurtheilt jedes Altruismus, welches sich nur in Personenkultus und Verwundeltheit ergibt. Der proletarische Kampf ist nur möglich, wenn alle Anhänger der Bourgeoisie abgestreift werden.

Sie erwartet daher vom Militärschneider-Verein, daß er angesichts der herrschenden Situation sich seiner wahren Aufgabe bewußt wird, umso mehr da bei ausbrechenden Kämpfen die Solidarität der gesammten Arbeiterschaft angerufen werden muß.

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung von Gastwirthsgehilfen, welche am 1. Dezember stattfand, sprach Dr. Pinz über: Die Lagen unserer Zeit und die Sozialdemokratie. Von einer Diskussion des mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages wurde Abstand genommen. Der Bericht des Vertrauensmanns Pöhlch ergab eine Einnahme durch freiwillige Sammlung von 165,55 M., eine Ausgabe von 31,75 M. Die Kollegen Sellendorn und Liede wurden gewählt, diesen Kassenbericht auf seine Richtigkeit zu prüfen. Der Vertrauensmann berichtete, daß seine Agitationstour nach Dresden, Leipzig und Halle von gutem Erfolg gewesen sei. Ein in Veranlassung der Tour gegründeter Verein in Dresden zählte jetzt 114 Mitglieder, ein solcher in Leipzig vorläufig 62 Mitglieder. Der Delegierte der Streik-Kontrollkommission, Kollege Pöhlter,

berichtete über die Gewerbe-Schiedsgerichts-Wahlen. Auf seine Aufforderung hin meldeten sich 15 Kollegen freiwillig, um die Eintragung in die Wählerlisten für diejenigen Kollegen zu beistehen, welche, weil den ganzen Tag geschäftlich verhindert, dies sonst unterlassen würden.

Eine öffentliche Korbmacher-Versammlung beschäftigte sich am 8. Dezember mit dem Streit der Kugelkorbarbeiter. Nach dem von Herrn Keller erstatteten Bericht ist die Situation für die Korbmacher jetzt um so günstiger, als neuerdings ein geübter Arbeiter aus der Umgegend Berlins ebenfalls den Zuschlag auf ihr Angebot betreffs der Verfertigung von Kugelförben erhalten haben. Unter diesen Umständen, so berichtete Keller, würden die Arbeiter eben gebraucht, und der Beitritt unter den Unternehmern werde das Weitere veranlassen. Uebrigens habe Herr Kubing schon sein Vorhaben, keine Verhandlung mit der Fabrik zu wollen, fallen lassen, was aus Aeußerungen von ihm und aus seinen Annoncen nach tüchtigen Korbmachern aufgestellt hervorgehe. Die Fortführung des Ausstandes sei jetzt erst recht zu empfehlen, die Arbeit dürfe nur aufgenommen werden, wenn 30 Pf. pro Stück gezahlt würden. Einstimmig beschloß die Versammlung, am Streit festzuhalten. Für ein abgetretes Mitglied wurde Keller in das Streik-Komitee gewählt.

Die Steinseher, Steinbauer, Hammer und verwandten Berufsgenossen hielten am 8. d. M. eine sehr gut besuchte Versammlung ab, um über Mittel und Wege zu berathen, wie es dem im Steinseher-Gewerbe herrschenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken sei. An der Hand einer eingehenden Statistik machte der Referent Genosse Arlt die Mitteilung, daß man in diesem Jahre im Durchschnitt nur etwa 28 Wochen im Jahre arbeiten konnte; insofern sei der Durchschnittsverdienst so gering, daß er eine geregelte Existenz in keiner Weise ermögliche. Die Hauptschuld liege an der übermäßigen Behring'schen Behring, es sei ein altes Gesetz, daß das Ueberangebot von Arbeitskräften stets ein Sinken der Löhne zur Folge habe. Der beste Schutz gegen weitere Ausbeutung sei die Organisation; durch ein festes, inniges Zusammengehen aller Berufsgenossen werde man jedes Hinderniß derseitigen können. Eine Hauptforderung müsse die Verkürzung der Arbeitszeit sein, ferner habe man die Aufgabe, die Nachtarbeit zu regeln, deren schädliche Folgen sich in dem frühen Sicksim der Arbeiter kundgeben. Ein Arbeitsnachweis in den Händen der Arbeiter, Verringerung des Arbeitspensums sowie krankhafte Vermeidung von Ueberstunden, alles das seien Aufgaben der Organisation, die um so größerer leisten werde, je mehr sich die Kollegen an ihr beteiligten. In der Diskussion, die sich hauptsächlich um die Reorganisation des Verbandes der Steinseher drehte, sprachen die Herren Kretow, Pich, Rasche, Knoll im Sinne des Referenten. Folgende Resolutionen gelangte zur Annahme:

Die Versammlung strebt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine Verkürzung der Arbeitszeit an, da nur dadurch eine Besserung der Lage der im Steinsehergewerbe beschäftigten Personen zu erlangen ist. Außerdem verpflichten sich die Anwesenden, soweit dies noch nicht geschehen, sich dem am 1. Januar neu zu gründenden Verband der Steinseher anzuschließen. Ueber Zweck und Nutzen der Organisation sprach noch Genosse Kretow, nochmals die Aufforderung wiederholend, sich geschlossen zur Erringung der gestellten Forderungen zu organisieren. Als Kandidaten für die Gewerbegerichts-Wahlen werden die Herren Arlt, Dähning und Wade aufgestellt.

Der Gesangverein „Eintracht“, Nieder-Schönweide, hielt am 8. d. M. eine öffentliche Generalversammlung ab. Dieselbe hatte den Zweck, ehemalige Mitglieder, welche sich über den Verein in denselben schädigender Weise geäußert hatten, zur Verantwortung zu ziehen und wurden diese Herren deshalb schriftlich eingeladen. Da sie jedoch nicht erschienen waren, nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

Die Versammlung erstet aus dem Nichterscheinen der zu dieser Versammlung eingeladenen früheren Mitglieder, daß selbige nur darauf ausgehen, einem Arbeiter-Gesangverein das Bestehen schwer zu machen. Die Versammlung geht daher über diese Personen zur Tagesordnung über. Wasam wurden die Vereinsangelegenheiten erörtert und einer fünfteiligen Kommission das Arrangement eines Maskenballes übertragen, welcher Mitte Januar stattfinden soll.

Deutscher Tischlerverband, Jahrestag Berlin. In der außerordentlichen Generalversammlung am 8. Dezember wurde der Kassenbericht vom 3. Quartale vorgelegt und hierauf über den Uebertritt des Jahrestages der Tischler, sowie des Jahrestages der Musikinstrumenten-Arbeiter eingehend debattiert. Aus den Versammlungsberichten dieser Vereine ist bekannt, daß der Zusammenschluß aller drei Organisationen erfolgt und den bisher indifferenten Kollegen die so oft gebrauchte Aeußerung: „man weiß gar nicht recht, welcher Organisation man sich anschließen soll“ als Entschuldigung nicht mehr gelten kann. In Berlin gibt es von Januar 1898 an nur eine Organisation der Tischler und Musikinstrumenten-Arbeiter, und diese ist die Jahrestag Berlin des deutschen Tischlerverbandes. Die Mitglieder der zur Zeit noch bestehenden Lokalvereine, welche ihre Beiträge bis 1. Dezember voll entrichtet haben, treten ohne Einschreibegeld mit vollen Rechten in den Verband ein. Arbeitslose Kollegen haben ihre Mitgliedsbücher bei ihrer resp. Organisation abtun zu lassen. Mitglieder des Verbandes erhalten auf dem Arbeitsnachweis, Wallstr. 7-8, im Lokal von Schöning, Stallschreiberstr. 29, im Lokal von Köber, Naunhoferstr. und im Lokal „Zum Zeitgeist“ in der Bernauerstr. die Bücher der Bibliothek gleichen. Montag den 12. Dezember finden in den Stadtbezirken Ost, Süd-Ost, West, Nord und Centrum Versammlungen statt, in denen über den Ausbau der Organisation berathen werden soll. Alles Nähere durch Inserat im „Vorwärts“ im Laufe dieser Woche. Die der Organisation noch fernstehenden Kollegen sind zu diesen Versammlungen speziell eingeladen. Kollegen des Verbandes, agktiv für den Beuch dieser Versammlungen und für den Anschluß an die Organisation.

Zum Schluß der Versammlung wurde der Ortsverwaltung anheim gegeben, die streikenden Korbmacher nach Maßgabe der Kassenverhältnisse zu unterstützen.

Der „Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unfällen“ hielt in der Versammlung vom 1. Dezember in Gegenwart des leitenden Arztes praktische Uebungen ab. Ferner wurde die an den Reichstag zu sendende Petition zur Einsicht ausgelegt.

Die Verdauungsleiden, ihre Ursachen und naturgemäße Behandlung war das Thema, welches Dr. med. Stum von verangenen Mitteln im Verein für naturgemäße Entwicklung besprach. Redner erörterte Eingang seines lehrreichen Vortrages die Anatomie des Verdauungsapparates, besprach dann die Bedingungen einer gesunden Verdauung, und bewies die Wichtigkeit seiner Anschauungen durch zahlreiche Beispiele. Argamente seien vorzuziehen, da sie stets Ueberreizung und Schaden hervorbrächten, während die natürlichen Mittel allein die nötige Anregung gaben. Allgemeiner Beifall lohnte den Vortrag.

In der öffentlichen Versammlung der Vergolder, die am 6. Dezember tagte, wurden zunächst die Kollegen Erle, Schäfer, Lange und Kraft in die Agitationskommission gewählt. Sodann verließ die Versammlung eingehend über die Frage, wie die Lage der Arbeiter des Gewerbes zu verbessern sei. Nachdem der Vorschlag, eine Produktivgenossenschaft zu gründen, vielfach Widerspruch gefunden hatte, kamen die Kollegen zu dem Schluß, daß nur eine tüchtige Organisation im Stande sei, allmählich das Glend zu beseitigen, welches die heutigen sozialen Verhältnisse mit sich führen.

Zur russischen Bewegung.

Dissener Brief an W. Liebknecht

Hochgeehrter Genosse!

Gewiß haben Sie in Nr. 9 von „Frei-Rußland“ die sogen. „Auseinandersetzung“ des Herrn W. A. gelesen, in welcher die russischen Sozialdemokraten in schärfster Weise angegriffen wurden... hervorgehobene Erklärung der Redaktion der genannten Monatschrift...

Damit wäre der unerquickliche Vorfall geklärt, die Ungelogenheit (sich einander als erlebte) zu betrachten, umso mehr da die Person des Herrn W. A. und gänzlich unbekannt ist und insofern dessen auch nicht interessieren kann; was dagegen die Redaktion von „Frei-Rußland“ betrifft, so liegen wir dieser gegenüber die größte Achtung.

Leider sehen wir und dessen ungeachtet zur Entgegnung gezwungen. Dem Herrn W. A. auf seine Auseinandersetzung zu erwidern haben wir natürlich absolut keine Lust, aber wir müssen uns durch die Erklärung der Redaktion von „Frei-Rußland“ veranlaßt, derselben einiges zu entgegnen. Die Darstellung unserer Ziele ist dort nicht ganz der Wirklichkeit entsprechend auseinandergesetzt; wir wünschen daher ein Mißverständnis von Seiten unserer werthen Genossen in Deutschland nicht ankommen zu lassen.

Die geehrte Redaktion folgt in der genannten Erklärung unter anderem:

Wir erblicken in der Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen in Rußland eine Bürgschaft für die Besserung der Lage des russischen Arbeitervolkes. Alle in Rußland ist in seinen politischen Institutionen fünfzig Jahre hinter Deutschland zurück. Infolge dessen ist der Kampf mit dem Kapitalismus in Rußland viel schwieriger gemacht durch den politischen Kampf, zur Teilnahme an welchem unserer Ansicht nach alle freisinnigen Leute sowohl in Rußland wie auch im Auslande eingeladen werden sollten. Wir haben in diesem Augenblicke die letzte Aufgabe im Interesse der gemeinsamen Sache gewählt.

In diesen Zielen liegt das Mißverständnis! Die Verhältnisse werden hier in der Weise zur Anschauung gebracht, als ob auf der einen Seite es sich um die Aufgabe der politischen Befreiung Rußlands handelte, für welche die Anhänger „Frei-Rußlands“ jetzt ins Feld ziehen, und als ob auf der anderen Seite gefordert für die Besserung der Lage des russischen Arbeitervolkes wäre, mit welcher Sache die Redaktion von ganzer Seele sympathisiert. In Wirklichkeit stehen die Dinge ganz anders. Eine solche Auffassung dürfte vielleicht der alten Proudhon'schen Bakunin'schen Richtung entspringen, welche den Sozialismus der „Politik“ als etwas Entgegengesetztes gegenübersteht. In Rußland, wie überall, erheben die Sozialdemokraten die Aufgabe der Befreiung der Klassen, nicht nur die Verwirklichung der Ziele der Proletarier. Aber wir wollen für den Augenblick annehmen, daß unsere Behauptungen ihre richtige Darstellung in den Worten finden: „Besserung der Lage des russischen Arbeitervolkes“, so entsteht natürlich die Frage: Glauben denn die russischen Sozialdemokraten wirklich ihr Ziel im jetzigen absolutistisch-politischen Rußland erreichen zu können?

Wenn dem in der That so wäre, dann würde die russische sozialdemokratische Partei die reaktionärsten aller reaktionären Parteien sein, welche je ihr Dasein auf Erden gesüßte. Dann bezogt ihr die Redaktion von „Frei-Rußland“ vergebens ihre Achtung und der Ausdruck ihres Bedauerns über das Auftreten des Herrn W. A. wird dann ganz überflüssig. Allerdings würde auch in diesem Falle der Artikel dieses Herrn ein sehr großes Muster der modernen grobianischen Verwahrloshung sein, aber im Grunde wäre er doch berechtigt. Er würde diese Leute eben der Verachtung preisgeben, die ihnen unter solchen Umständen gebührt.

Es ist weder den russischen Sozialdemokraten noch überhaupt den ausgeklärten Schichten des russischen Proletariats jemals eingeleuchtet, von solchen Reformen zu träumen. Eren Verwirklichung die jetzt in Rußland bestehende despotische Regierung auf sich nehmen könnte. Dieser Regierung gegenüber können sie nur eine Aufgabe, besteht sie nur in Gebante: Sie vernichten! Der Kampf mit ihr auf Leben und Tod! — Folglich ist es gänzlich unmöglich, die russischen Sozialdemokraten aus der Zahl der Kämpfer für die politische Befreiung Rußlands auszuschließen. Was das anbelangt, so kann das „Allein“ nicht gelten und hat, wie aus dem Vorhergehenden ersichtlich, keinen Sinn.

Woran liegt's also? Ueber welchen Punkt unseres Programms wäre also die Redaktion von „Frei-Rußland“ im Unklaren?

Sobald „Frei-Rußland“ alle freisinnigen Elemente der „Bewegung“ unter ihre Fahne ruft, scheint die Redaktion zu glauben, daß wir nur mit jenen Anhängern der Freiheit in Verbindung zu kommen wünschen, welche der Arbeiterklasse angehören.

Dem ist aber wieder nicht so! Ebenso wie überall, kommt auch bei den russischen Sozialdemokraten nicht die Profession, sondern die Ueberzeugung des Menschen in Betracht, und zählen sie alle diejenigen zu ihren Kameraden, welche den Standpunkt der Arbeiterklasse teilen.

Dieser Standpunkt der Klasse ist es, der uns von der Redaktion des „Frei-Rußland“ trennt. Hier kommt dieses traurige „Allein“ zum Vorschein, für welches wir „allein“ die Verantwortung nicht auf uns nehmen können.

Rußland ist in seinen politischen Institutionen fünfzig Jahre hinter Deutschland zurück. Das stimmt und ist umso mehr eine bittere Wahrheit, als, wie Ihnen werther Genosse, ja zur Genüge bekannt, auch die politischen Einrichtungen Rußlands noch sehr viel zu wünschen übrig lassen.

Aber was folgt daraus? Scheinbar schreibt uns die Redaktion von „Frei-Rußland“ das Bestreben zu, der deutschen sozialdemokratischen Partei nachzusehen zu wollen. Vielleicht ist sie in dem Glauben besungen, daß wir schon davon gehen, den Wahlkampf zu beginnen und z. B. die Kandidatur von P. Axelrod in den nicht existierenden russischen Reichstagen aufzustellen? Wenn in unseren Reihen ähnliches Vorgehen könnte, so wären wir wohl reichlich zu bescheiden. Man könnte sich dann darüber wundern, daß die Redaktion von „Frei-Rußland“ solchen verächtlichen Leuten gegenüber Achtung und Sympathie zum Ausdruck bringt. Dann hätte Herr W. A. in seiner „Auseinandersetzung“ nur insoweit gefündigt, daß er es nicht vorgog, anhand grober Schimpereien (welche uns veranlassen, ihm zuzurufen: Du bist jorntig, Jupiter,

also bist du im Unrecht), uns mit gutmüthigem Hohne desto wirkungsvoller zu vernichten.

Ja, sind denn die gegenwärtigen politischen Institutionen Deutschlands fertig vom Himmel herabgefallen? Vor fünfzig Jahren war noch wenig von denselben vorhanden, da mußte ein harter Kampf mit dem Absolutismus geführt werden, aber auch damals gab es schon Leute, die Anschauungen huldigten, die denjenigen der gegenwärtigen deutschen Sozialdemokratie an Geisteshalt nahe verwandt waren. Dies waren die Kommunisten von der Marx-Engels'schen Richtung. Wie sah die kommunistische Partei ihre politischen Aufgaben an? Sie spottete über die „wahren Sozialisten“, die dem „Sozialismus“ die „Politik“ gegenüberstellten. Sie unterwarf die Bourgeoisie, sobald dieselbe revolutionär auftrat gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und das Speichbürgerthum. Sie hat sich jedoch damit nicht begnügt: Sie unterließ keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat heranzuwerden. Sie wollte, daß die deutschen Arbeiter föhlich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen mußte, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie lehren könnten, damit nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginne. Von demselben Standpunkte lassen auch wir russische Sozialdemokraten die bestehenden Verhältnisse Rußlands auf.

Viele, und wie es scheint darunter auch die Redaktion von „Frei-Rußland“, finden, daß dies eine beschränkte Auffassung der Dinge sei; Viele würden der „rein politischen“ Kampftätigkeit den Vorzug geben, das heißt politischen Bestrebungen... ins Auge hinein. Ich glaube es ist überflüssig, daß wir uns diesbezüglich vor dem Forum der deutschen Sozialdemokratie von dem Vorwurf einer derartigen „Beschränktheit“ unseres Standpunktes rein waschen. Uebrigens muß ich bemerken, daß solche Vorwürfe einst auch gegen die deutschen Kommunisten gerichtet wurden, diese Anhänger der Sozialdemokratie der Gegenwart.

Oft weist man, um unseren Klassenstandpunkt zu bekämpfen, auf das Vordringen der Landbevölkerung in Rußland hin. Wir müssen dem jedoch erhaben entgegenhalten, daß die russischen Bauern keine Klasse, sondern einen Stand repräsentieren, in dessen Mitte sich ebenfalls Kapitalisten wie auch wirtliche Proletarier befinden.

Das letzte Viertel des Jahrhunderts hat eine derartige Zerlegung der alten Bauernwirtschaft hervorgerufen, daß es jetzt einfach abgeschmackt klingt, wenn man Rußland dem Westen gegenüberstellt, als ein Land, in dem diese Wirtschaft vorherrscht. Mit der Mißernte des letzten Jahres begann der Lebenskampf der alten wirtschaftlichen Zustände in Rußland.

Zweitens muß ich hinzufügen, und das ist die Hauptsache, daß es unrecht wäre zu glauben, diese Leute, welche uns auf die Bauernbevölkerung hinweisen, hätten die Hebung dieses Standes zum Kampfe gegen den Absolutismus im Auge. Der Hinweis wird nur als spezielles Kampfmittel bei theoretischen Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten benützt. Nimmt die Sache jedoch eine Wendung, die zur praktischen Verwirklichung der Idee drängt, dann begnügen sich unsere Gegner gewöhnlich mit einem Ausruf an die sogenannte Gesellschaft und sogenannte Intelligenz. Folglich ist die Frage nicht in der Form zu stellen: Bauern- oder Arbeiterklasse? sondern richtiger: „Gesellschaft“ oder Proletariat? Aber selbst in dieser Form würde sie der wirklichen Sachlage nicht ganz gerecht werden, weil, wie schon erwähnt, wir mit allen Kräften bemüht sind die russische „Gesellschaft“ in ihren freisinnigen Tendenzen zu unterstützen.

Ja, indem wir das politische Bewußtsein der russischen Arbeiterklasse entwickeln, schaffen wir gerade damit eine freisinnige Bewegung von größter Wichtigkeit; wir minieren den politischen Boden in Rußland, wir helfen den Sturm in seiner Macht verstärken, der das scheußliche Gebäude des russischen Jarrismus über den Haufen werfen wird. Dies hat umso mehr seine Berechtigung, als es uns dank der Intervention der Arbeiterklasse (d. h. im allgemeinen der arbeitenden Stadtbevölkerung) gelingen wird, die revolutionären Ideen auf dem Lande zu verbreiten.

Die elementarste politische Einsicht müßte den russischen Revolutionär dazu bestimmen, sich an die Arbeiter zu wenden! Ohne Unterstützung des Volkes müßten die Revolutionäre immer machtlos bleiben. Es ist jedoch selbstverständlich, daß unsere Revolutionäre unter den Arbeitern nicht die Ideen der russischen Herren Eugen Richter verbreiten, sondern die Arbeiter über die großen Prinzipien des modernen wissenschaftlichen Sozialismus aufklären sollen.

Dies ist, was ich bezüglich der Erklärung der Redaktion von „Frei-Rußland“ zum Ausdruck bringen wollte! Höfentlich ist dadurch uns gegenüber jedes Mißverständnis von Seiten der deutschen Sozialdemokratie beseitigt.

Empfangen Sie, werther Genosse, den Ausdruck meiner vollsten Hochachtung! Es lebe unsere gemeinsame große Sache! Es lebe die internationale völkerverbindende Sozialdemokratie!

24. November 1892.

G. Plechanoff.

Gerichts-Beitrag.

Abwardt und die „Judenfinten“.

IX.

Präsident Grausewetter eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Der Andrang des Publikums ist heute ein ganz bedeutender.

Der Präsident will die gerichtliche Aussage des nicht auffindbaren Zeugen Ed. Krähahn verlesen. Der Angeklagte macht hierzu die Mittheilung, daß nach einer ihm zugegangenen Notiz der Zeuge Krähahn sich hier in der Reichendorfstraße 52 bei seiner Schwägerin aufhalten soll.

Verteidiger: Ich berufe mich auf das Zeugnis des Restaurateurs Falkenberg, welcher bezuogen wird, daß der frühere Arbeiter, jetzige Proletarischer, Krähahn vorgeföhrt in dem Lokale desselben Billard gespielt hat.

Präsident: Das ist doch nicht maßgebend für uns, ob derselbe Billard gespielt hat. Es kommt doch nur darauf an, ob derselbe auffindbar ist und daß er nicht der Foll. Der Gerichtshof und der Staatsanwalt hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, den Aufenthalt des Zeugen zu ermitteln. Wir haben in Hamburg, Kofstock, Wundapst nach dem Manne recherchiert, ohne Erfolg zu haben und ich nehme an, daß die Verteidigung, die doch ein Interesse an der Vernehmung der Zeugen hat, auch das ihrige gethan haben wird.

Verteidiger: Ich habe doch einen neuen Beweisanspruch gestellt, welcher nicht berücksichtigt wird. Die Verhandlung kann doch auf vielleicht drei Tage vertagt werden, die Mühe wird uns allen sehr wohl thun.

Präsident: Das Bestreben des Angeklagten und seines Verteidigers geht ja von Anfang an darauf hinaus, die Sache nicht zu Ende bringen zu lassen. So ist es auch heute wieder mit diesem Antrage.

Verteidiger: Ich erinnere an den Prozeß Feinze, wo in letzter Stunde die Verhandlung vertagt wurde, um einen Zeugen in Amerika zu vernehmen.

Präsident: Gewiß kommt so etwas vor, wir haben auch schon eine Verhandlung Monate lang vertagt, um einen Zeugen in Spanien zu vernehmen.

Der Gerichtshof beschließt, den Antrag auf Ladung des Restaurateurs Falkenberg abzulehnen und beauftragt einen Boten, sofort mit Droschke nach der Reichendorfstraße zu fahren, um Krähahn möglichst zu ermitteln.

Verteidiger: Es steht noch die Vernehmung der Gräfin Hohenthal aus. Ich denke gar nicht daran, auf dieselbe zu verzichten. Erster Staatsanwalt Drescher: Die Frau Gräfin ist, wie festgestellt worden, durch Krankheit am Erscheinen verhindert, ein Antrag mit einem Beweisbema liegt nicht vor und eine Vernehmung derselben ist daher nicht geboten.

Derselben Ansicht ist der Präsident, während der Verteidiger darauf hinweist, daß der Verteidiger Munkel die Vernehmung beantragt hatte. — Rechtsanwalt Munkel: Ich ziehe den Antrag zurück.

Präsident: Herr Löwe, ich bitte vorzutreten. Haben Sie durch Veröffentlichung der Broschüre in Ihrem Fabrikbetriebe Schaden erlitten? — Nebenkläger Löwe: Unzweifelhaft, ich kann den Schaden nur nicht taxiren. — Präsident: Sind Aufträge dadurch zurückgezogen? — Löwe: Nein. — Präsident: Nicht einer von der italienischen Regierung? — Löwe: Nein. — Präsident: Vom Auswärtigen Amt ist die Mittheilung zugegangen, daß in Folge der Broschüre ein Auftrag von der chinesischen Regierung zurückgehalten wurde und erst nachdem durch den „Reichsanzeiger“ bekannt gemacht wurde, daß der Inhalt der Broschüre in betreff der Kriegsunbrauchbarkeit der Gewehre auf Unwahrheit beruhe, soll Ihnen der Auftrag erteilt worden sein. — Löwe: Ich war in der Lage, dem chinesischen Bevollmächtigten nachweisen zu können, daß die Denunziationen unwahr seien, woraus uns wieder das Vertrauen geschenkt wurde, welches wir so lange genossen. — Angeklagter: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Zintgrafische Expedition eine staatliche war und daß bei dieser die Pöwischen Gewehre zum ersten Male im Kriege erprobt worden sind. — Präsident: Angeklagter, ich muß Sie immer wieder darauf hinweisen, daß es sich darum garnicht handelt. Sie sind angeklagt, weil Sie in der Broschüre behauptet haben, daß die Herren Löwe u. Kühne im Auftrage der Alliance israelite absichtlich schlechte Gewehre geliefert haben, damit wir im Falle eines Krieges unterliegen. Alles Uebrige, die Unregelmäßigkeiten, welche in der Fabrik von den Arbeitern bemangelt wurden u. s. w., ist nur eine Art Beiwert, welches wir meiner Ansicht nach auf's Eingehendste erörtert haben. Der Gerichtshof wird sich zur Vernehmung über die neugestellten Beweisangebote zurückziehen. — Verteidiger: Nach § 24 der Straf-Prozess-Ordnung hat sich die Beweisaufnahme auf alle Zeugen zu erstrecken, die geladen sind. Die Gräfin Hohenthal ist geladen, ich verzichte nicht auf diese Zeugin.

Der Gerichtshof zieht sich zur Vernehmung über die gestellten Beweisangebote zurück. Nach 1 1/2 Stunden kehrt der Gerichtshof zurück.

Präsident: Wie vorauszusehen war, hat sich herausgestellt, daß der Zeuge Krähahn an dem angegebenen Orte sich nicht befindet. Nach dem Berichte des betreffenden Gerichtsboten ist Krähahn seit einigen Wochen gänzlich verschwunden und auch seine Frau kennt seinen Aufenthaltsort nicht.

Verteidiger (unterbrechend): Ehe der Präsident die mündliche Verhandlung vielleicht ganz plötzlich schließt, überreiche ich hier sieben neue Beweisangebote. Ich muß in dieser Sache auf alle Eventualitäten gefaßt sein!

Präsident: Das ist eine unerhörte Verleumdung des Gerichts! Wir thun hier nichts, was gegen das Gesetz wäre. Wir folgen streng den Vorschriften der Straf-Prozess-Ordnung. Eine derartige Unterstellung ist geradezu unerhört für einen Rechtsanwalt, der hier eine Verteidigung führt! Ich verbitte mir derartige Unterstellungen ganz entschieden. Der Verteidiger zeigt nur aufs Neue, daß es seine Absicht ist, den Gerichtshof nach außen hin bloß zu stellen und er weiß nach Ansicht des Gerichtshofes ganz genau, daß alles, was er hier vorbringt, nur dazu dient, die Sache zu verschleppen! Ich kann dem Verteidiger sagen, daß bei dem ganzen Gerichtshofe eine große Ausregung über sein Verhalten hier im Gerichtssaale herrscht. Wir alle sind überzeugt, daß so wie er hier noch niemals ein Verteidiger aufgetreten ist.

Verteidiger: Die letzte Äußerung des Präsidenten fasse ich als eine Anerkennung meiner Thätigkeit als Verteidiger auf.

Präsident: Herr Staatsanwalt, beantragen Sie nun die Verlesung der Aussagen des Krähahn? — Erster Staatsanwalt: Ich für meine Person lege kein Gewicht darauf, aber um dem Angeklagten nicht zu nahe zu treten, habe ich nichts dagegen. — Präsident: Angeklagter, der Vorwurf, der dem Gerichtshofe gemacht wird, ist völlig ungerichtet, wie Sie jetzt wieder sehen. Der Herr Staatsanwalt legt kein Gewicht auf die Verlesung der Krähahn'schen Aussagen, der Gerichtshof ebenso wenig, und nun liegt es ganz in Ihrer Hand, ob die Verlesung stattfinden soll oder nicht. — Angeklagter: Da Krähahn nicht zu ermitteln ist, kann mir die Verlesung wenig nützen, und ich stelle sie dem Gerichtshofe anheim. — Verteidiger: Ich schließe mich dem Antrage des Angeklagten an. Und lag hauptsächlich daran, durch Gegenüberstellung des Krähahn mit anderen Zeugen zu beweisen, daß in ganz ungeheurer Weise auf Krähahn eingewirkt worden ist. Ich stelle jetzt den Antrag, die Sache zu verzingen und die Akten der Staatsanwaltschaft behufs Ermittlung des Krähahn zuzustellen.

Erster Staatsanwalt. Ich begrüße den Antrag insofern, als dadurch wiederum bewiesen wird, daß der Verteidiger darum zu thun ist, die Sache zu verschleppen. Selbstverständlich widerspreche ich dem Antrage, denn es ist alles geschehen, was möglich war, um den Krähahn zu ermitteln. — Präsident: Nach der Strafprozess-Ordnung kann zur Verlesung von Zeugenaussagen geschritten werden, wenn der betreffende Zeuge nicht zu ermitteln ist.

Die nun zur Verlesung gebrachte Aussage des Krähahn enthält zur Sache eigentlich nichts Wichtiges. Derselbe hat in seinen Aussagen u. a. versichert, daß der Zeuge Breitfischer ihn bearbeitet habe, um ihn umzustimmen. Breitfischer habe auch von ihm behauptet, daß er ihn für einen Polizeispion halte, und hinzugefügt, daß ein Wort genüge, um Abwardt unschuldig zu machen. Er habe kein Geld für seine Aussagen erhalten, man habe ihm auch nicht nahe gelegt, daß er wieder in der Löw'schen Fabrik angestellt werden würde. Krähahn hat f. Z. auch eine Denunziation eingereicht, in welcher der Staatsanwaltschaft mitgetheilt wurde, daß Abwardt in fortwährendem regen Verkehr mit den Zeugen stehe, daß Ganz 500 M. erhalten habe u. — Zeuge Breitfischer, welcher noch einmal vorgelesen wird, wird vom Rechtsanwalt Munkel über verschiedene Punkte befragt. Rechtsanwalt Munkel

*) Der „Vorwärts“ that derselben Erwähnung.

*) Siehe Manifest der Kommunistischen Partei (IV).

behauptet, daß Brettschneider und Sträßen zusammen einen Brief an Herrn von Langen gerichtet und um Geld gebeten hätten. Darin sei mitgeteilt, daß sie nun von Mitteln gänzlich entblößt seien und eigentlich nicht wüßten, was sie anfangen sollten. Ahlwardt habe ihnen gesagt, daß sie sich nur an Herrn v. Hülsen, Herrn v. Waderbarth, Herrn v. Langen und Paasch wenden sollten. Darauf hin hätten sie dann den gemeinschaftlichen Brief an Herrn v. Langen gerichtet. — Zeuge Brettschneider: Die Sache mit dem Brief ist in der bei Herrn v. Groningen herausgegebenen Broschüre „Ahlwardt's Ende“ nicht ganz richtig dargestellt. Richtig ist ja, daß wir einen Brief an Herrn v. Langen geschrieben haben, doch ist derselbe in der Broschüre nicht richtig wiedergegeben. Mir hat die ganze Sache auch am nächsten Tage wieder leid getan, ich habe den Brief am nächsten Tage zerissen. — Zur Erläuterung dieser ganzen Angelegenheit mag dienen, daß in der Ahlwardt'schen Broschüre eine eidesstattliche Versicherung des Krähnen abgedruckt war, welche schwere Beschuldigungen gegen die Löwische Fabrik enthielt. Nachher hat er, wie in der Broschüre „Ahlwardt's Ende“ abgedruckt ist, diese bösen Anschuldigungen widerrufen und erklärt, daß er überhaupt nicht gewußt habe, daß es sich um eine eidesstattliche Versicherung handelte, da Ahlwardt ihm nur einen leeren Bogen vorgelegt habe, welchen er mit seinem Namen versehen sollte. Der „Vektor aller Deutschen“ habe seinen Mittheilungen willkürliche Zusätze gemacht.

Der Gerichtshof verkündet sodann das Ergebnis der Verhandlung in betreff der neu eingeleiteten Beweisangebote. Derselben sind sämtlich abgelehnt worden, da die darin unter Beweis gestellten Thatsachen einestheils als wahr unterstellt, andernteils durch die statthabende Beweisaufnahme bereits widerlegt seien.

Zum Schluß der Gründe, durch welche die Beweisangebote abgelehnt werden, heißt es: Der Gerichtshof ist auch der Ueberzeugung, daß mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte selbst in der Verhandlung zugegeben, wie angenehm es ihm wäre, die Beendigung der Sache bis nach erfolgter Reichstagswahl hinauszuschieben, die gestellten Anträge nur zu dem Zwecke gestellt sind, die Sache zu verschleppen und die Verhandlung auszuweilen. Der Gerichtshof ist der Ueberzeugung, daß diese Anträge gar nicht ernsthaft gemeint sind und daß der Angeklagte sich bewußt ist, die in den Anträgen angeführten Thatsachen gar nicht beweisen zu können, daß also der Angeklagte nur unter der betrügerischen Form eines Beweisangebotes danach strebt, die Sache zur Ver tagging zu bringen.

Rechtsanwalt Hertwig: Ich meinerseits erkläre nun, daß ich es ablehnen muß, die Verteidigung eines Mannes weiter zu führen, der bereits verurteilt war, bevor die Sitzung begann, und dem man seine Beweismittel abschneidet. Wie das Urteil auch ausfallen möge, wir fürchten uns nicht und überlassen die Kritik dieses Verfahrens der Öffentlichkeit!

Während der letzten Worte giebt sich deutliche Ausregung am Richtertische, und der Präsident stellt die Frage an den Staatsanwalt, ob er Anträge zu stellen habe.

Staatsanwalt: Ich beantrage für diese höchste Ungebühr auch die höchste zulässige Strafe!

In allen Theilen des Saales entsetzt die lebhafteste Aufregung, und es bilden sich laut diskutierende Gruppen.

Der Verteidiger packt seine Akten zusammen und verläßt den Gerichtssaal.

Der Präsident verkündet, daß der Gerichtshof den Rechtsanwalt Hertwig in eine Ordnungsstrafe von 100 M. genommen habe.

Der Angeklagte erwidert sich das Wort zu einer Bemerkung. Er weist darauf hin, daß der Zeuge Löwe einmal und der Zeuge Kühne mehrmals unter ihrem Eide erklärt, daß sie die Kosten zu den Beweisen von den königlichen Fabriken geliefert erhielten. Er unterbreite nun dem Gerichtshof zwei Schriftstücke, wonach die Firma Löwe u. Co. selbst Bestellungen gemacht hätten. — Oberlieutenant Kühne erwidert, daß diese ausnahmsweisen Bestellungen mit Genehmigung der Behörde gemacht und das Material von derselben geprüft worden sei. Der Präsident weist den Angeklagten darauf hin, daß dieser Punkt doch durch die Beweisaufnahme ausgedehnt erledigt sei. — Angekl.: Es handelt sich hier auch nicht um die Kosten, sondern um den Eid der Herren Löwe und Kühne. — Präsident: Was muß ich Ihnen überlassen, wie Sie darüber denken, wahrscheinlich wird insolge dieses Prozesses eine wahre Fluth von Meinungs- Denunziationen sich ergeben.

Der Angeklagte stellt noch weitere Behauptungen über das zu den Beweiskosten verwendete Material auf, der Sachverständige v. Blothow führt jedoch aus, daß die Anschauungen des Angeklagten auf Mißverständnissen beruhen.

Der Angeklagte nimmt jetzt seinerseits die von dem abgegangenen Verteidiger zurückgelassenen Anträge auf.

Er beantragt: einen Sachverständigen darüber zu vernehmen, daß die bei Löwe gezahlten Akkordlohnsätze derartig niedrig gewesen, daß reelle Arbeiten dafür überhaupt nicht geliefert werden konnten. Im weiteren wird in den Anträgen behauptet, daß im vorigen Jahre beim 52. Infanterie-Regiment sich die Untauglichkeit der Löwe-Gewehre erwiesen habe. Der Kommandeur des 2. sächsischen Infanterie-Regiments 87 soll über das Plagen von Gewehren bei den letzten Schießübungen vernommen werden. Dieses Plagen soll, wie der Angeklagte hinzufügt, durch Stöckelreiben von Kugeln in dem Lauf veranlaßt worden sein, was auf eine schlechte Beschaffenheit des Laufs zurückzuführen sei. (Weiterer Teil bei den militärischen Sachverständigen.) Sodann wird neuerdings eine ganze Anzahl von Personen namhaft gemacht, welche bekannt seien, daß alle möglichen Unordentlichkeiten bei Löwe vorgekommen seien und Oberlieutenant Kühne darum gewußt bezw. dieselben angeordnet habe.

Der Staatsanwalt beantragt, diese Anträge durchweg abzulehnen, da sie theils zu wenig bestimmt sind, theils nichts Neues enthalten, theils offenbar nur verschleppen wollen.

Der Angeklagte erklärt, daß jetzt der Reichstags-Mandat für ihn in dieser Sache doch gar keinen Nutzen bringen könne und er absolut nicht eine Verschleppung beabsichtige.

Der Gerichtshof zieht sich zur Verhandlung zurück.

Um 2 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Die sämtlichen neuen Anträge des Angeklagten werden abgelehnt. Aus der Begründung ist hervorzuheben, daß der Gerichtshof einen Theil der unterstellten Thatsachen für wahr hält. Tagelang hält er für erwiesen, daß der Oberlieutenant Kühne von dem Bräuen der Gewehre nichts gewußt hat und ferner, daß die Retenkläger Löwe und Kühne nicht Arbeiter unter Verwendung von Geldmitteln nach Amerika oder Süd-Amerika geschickten haben.

Angekl.: Ich bitte einmal um Wort. Die Wahl zum Reichstage ist am Montag erfolgt; morgen wird die Wahl verhängt, dann wird der Wahlkommissarius an mich die Mittheilung ergeben lassen und im Reichstage kann vor Montag meine Angeltigkeit nicht vorgebracht werden. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich bis zum Montage auf eine Intervention des Reichstages verzichte. Ich erkläre weiter, daß ich mich einen Urtheilsspruch des Gerichtshofes nicht entziehen will. Mein Verteidiger ist hier in einer Erregung, die mir selbst schwer begreiflich war, sorglosgegangen und hat das gesamte Verteidigungsmaterial mitgenommen. Wir hätten verabschiedet, uns in die Verteidigung zu theilen, und ich sehe nun hier ohne Schuh und gewissermaßen rathlos da, denn ich habe hier drei Herren mir gegenüber, welche gewiß alles mögliche gegen mich geltend machen werden. Ich bitte deshalb um 24 Stunden Zeit, damit ich mich in Verteidigungszustand versehen kann. Ich erkläre ferner, daß ich mir keinen neuen Verteidiger annehmen will und auch keine weiteren Anträge mehr stelle.

Erster Staatsanwalt Drescher: Ich kann diese Bitte nicht befürworten. Der Angeklagte hat seit Monaten Zeit gehabt, sich auf die Verteidigung vorzubereiten, er hat Monate lang das Material bearbeitet und sogar selbst förmliche Untersuchungen angeleitet und die Verhandlung hat gezeigt, daß er das Material bis in die kleinsten Einzelheiten beherrscht. Seine vielen Zwischenfragen lassen auf ein ganz außergewöhnliches Gedächtnis und Auffassungsgabe schließen, er ist daher durchaus nicht schuldlos. Ich versichere, daß ich mich streng objektiv ihm gegenüber anstellen will und daß mich dazu außer meinen sonstigen Pflichtgefühl auch die Thatsache besonders veranlassen wird, daß er ohne Verteidiger ist.

Ahlwardt wiederholt seine Bitte und weist darauf hin, daß in der Verhandlung viele neue Punkte zu Tage getreten seien, auf die er sich vorbereiten müsse.

Der Gerichtshof zieht sich zur Verhandlung über diesen Antrag zurück. Nach kurzer Zeit wird verkündet, daß dem Antrage des Angeklagten, der durch die unvorhergesehene Entfernung seines Verteidigers in Verlegenheit gerathen sein möge, statgegeben worden sei. Die Verhandlung sei auf morgen, Donnerstag Vormittag 10 Uhr verlagert worden. — Präsi.: Angeklagter, haben Sie noch irgend welche Fragen an einen der Zeugen, oder können dieselben sämtlich entlassen werden? — Angekl.: Ich hätte an den Zeugen Brettschneider nur noch einige Fragen. — Präsi.: Die können Sie heute noch an ihn richten. — Angekl.: Dann frage ich den Zeugen Brettschneider, ob ihm bekannt ist, daß die jüngeren Offiziere, die zur Division kommandirt wurden, im Anfange nicht eine Unterkenntnis über die Zusammenfassung des Gewehrs verriethen. — Präsi.: Diese Frage lehne ich ab. Ein Arbeiter kann ein Urteil über die Fähigkeit militärischer Sachverständigen nicht fällen. Ihre Vorgesetzten werden sie wohl für befähigt gehalten haben, denn sonst wären sie nicht hingeschickt worden. — Angekl.: Dann frage ich den Zeugen Brettschneider, ob ihm nicht wegen seiner Angaben gegen Löwe der Arbeitsnachweis sehr erschwert worden ist. — Zeuge: Jawohl, aber ich meine nicht die Fabriken, wo ich abgewiesen bin, weil ich sonst meine jetzige Arbeitsstelle wieder verliere. — Präsi.: Haben Sie noch weitere Fragen? — Angekl.: Nein.

Der Präsident erklärt hierauf die Beweisaufnahme für geschlossen.

Erster Staatsanwalt Drescher: Ich beantrage, der Gerichtshof möge seinen vorher gefassten Beschluß wieder aufheben, um mir Gelegenheit zu geben, noch heute zu plädieren. Ich stelle diesen Antrag namentlich auch im Interesse des Angeklagten, denn er wird an der Hand des Vortrages, welchen ich zu halten gedenke, sich am besten auf seine Verteidigung vorbereiten können. Angekl.: So gut gemeint dies vom Herrn Staatsanwalt ist, so werde ich doch bitten, es bei dem vorigen Beschlusse zu belassen, denn es liegt mir viel daran, daß ich mein Material zur Hand habe, wenn ich mir zu den Bemerkungen des Staatsanwalts Notizen mache.

Der Gerichtshof zieht sich abermals zur Beratung zurück und beschließt, den Antrag des Staatsanwalts abzulehnen. „Wir wollen“, so führt der Präsident aus, „den Angeklagten in keiner Weise in seinem Recht beschränken. Da die Papiere, in welchen sich seine Verteidigungs-Notizen befinden, von dem Herrn, der hier das Wort verlor, hat mitgenommen worden sind, so belassen wir es bei dem Beschlusse.“

Die nächste Sitzung findet daher Donnerstag 10 Uhr statt.

Meister Schmidt bittet um eine Personenverwechslung dahin zu berücksichtigen, daß nicht er, sondern der Bismarck-Spiegel den Spiegel, von welchem der Zeuge Hofrichter gesprochen, geliefert habe.

Soziale Ueberlicht.

Dritter Kongress der deutschen Schuhmacher.

Frankfurt a. M., den 6. Dezember.

In der heutigen Vormittags-Sitzung wird zunächst ein Telegramm aus Leipzig und eine Karte aus Amsterdam verlesen. Nachdem sich noch Stender, Rehna und Fischer-Frankfurt entschieden gegen den Industrieverband ausgesprochen haben, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Sozial-Gotha bemerkt in Schlußwort, daß durch den Industrieverband keine Agitatoren aus dem Boden wachsen, dieselben müßten sich erst entwickeln. Die Landbevölkerung könne man nur gewinnen, wenn man ihre lokalen persönlichen Interessen berührt. Der Metallarbeiter-Verband habe gezeigt, wie es mit den Industrieverbänden stehe. Von der halben Million der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter seien nur 15-18 000 im Verbande. In einem Industrieverband müßte der Beitrag auf 20 Pf. erhöht werden. Die Wähler derjenigen, welche für Industrieverband eintreten, würden damit wohl nicht einverstanden sein. Auch würden wir damit auf einen großen Theil der Landbevölkerung verzichten müssen. Die schließlichen Schuhmacher, welche eine ganze Woche für 6 Mark arbeiten müßten, können einen so hohen Beitrag nicht leisten. Arbeitslosenunterstützungen könnten nur verhältnismäßig kleine Beträge einführen. Die Lokalorganisation sei viel schuld, daß die Gewerkschaftsbewegung noch nicht weiter sei. Das Fachblatt sei allerdings mehr für Schoparbeiter gehalten, weil von den 150 000 in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter noch 130 000 Schopparbeiter seien. Der Verband der Schuhmacher habe vor zwei Jahren von den 77 146 M. Einnahmen 38 341 M. für Unterstützungen bezahlt. Durch Kartellverträge und gegenseitige Unterstützung würde letzterer Betrag noch größer werden und man müßte dann den Beitrag erhöhen. Redner erachtet um Annahme der Berliner Resolution. Letztere wird sodann angenommen. Derselbe lautet:

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie Berlins beschließen: Der Kongress möge beschließen, an der Branchenorganisation festzuhalten, ferner Kartellverträge mit einzelnen Organisationen der Bekleidungsindustrie abzuschließen, um ersens bei Streiks und Aussperrungen sich gegenseitig besser unterstützen zu können, weitens die Agitation gleichmäßig und auf gemeinschaftliche Weise zu betreiben, dreitens statistische Erhebungen über Streiks, Löhne u. s. w. in Gemeinschaft mit der Allgemeinheit zu betreiben, viertens Herbergen und Arbeitsnachweise örtlich zu zentralisieren. Ferner sprechen wir den Wunsch aus, daß die leitenden Kollegen dafür Sorge tragen, die Mitgliedschaften der einzelnen Orte nicht bloß durch gewerkschaftliche, sondern auch durch wissenschaftliche Vorträge und Fragen auszufüllen, um uns mehr Neuten zur modernen Arbeiterbewegung heranzuziehen.

Auf Antrag von Zaffe-Offenbach wird der Berliner Resolution folgende Einleitung gegeben:

Der Kongress erkennt im Prinzip die Industrievereinigung als die richtige an, ist aber gleichzeitig der Ansicht, daß dieselbe gegenwärtig noch nicht ausführbar ist und beschließt daher, daß vorläufig an der Branchen-Zentralorganisation festzuhalten ist.

Ferner wurde einer von dem Verhandlung der Schneider in Hannover gefassten Resolution zugestimmt, welche verlangt, daß der Kongress der Schuhmacher, gleich den Schneidern, eine Kommission von drei, von der Verbandsleitung unabhängige Personen wähle, welche die Aufgabe habe, die nötigen Einleitungen zu machen, um in spätestens zwei Jahren eine Bekleidungs-Industriekongress stattfinden zu lassen. Sollte dieser Kongress aus irgend welchen Gründen scheitern, so muß mindestens dafür Sorge getragen werden, daß die Generalversammlung der Schuhmacher und Schneider an ein und demselben Ort und zu gleicher Zeit lagen, damit ein Meinungs-austausch beider Branchen in zwei Jahren möglich gemacht wird.

In die Kommission wurden gewählt: Soc. Gotha, Marx-L. Erfurt und Schlichting-Erfurt.

Ueber eine von der Kommission, welche zur Untersuchung betrefß des Industrie-Kongresses gewählt war, eingebrachte Resolution geht die Versammlung zur Tagesordnung über.

Der zweite Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Sozial-Gotha erstattet sodann Bericht über seine Thätigkeit als Vertrauensmann. Die Einnahmen und Ausgaben im Jahr 1891 beliefen sich auf 11 712 M., im Jahr 1892 auf nur 8008 M. 52 Pf. Das Fachblatt ergab in dieser Zeit einen Ueberfluß von 4250 M. 80 Pf.

Um 12 1/2 Uhr wurde die Sitzung verlagert.

Nachmittags-Sitzung.

Es wurden mehrere Anträge bezüglich des Fachblattes gestellt. Derselben werden abgelehnt mit Ausnahme des Antrags aus Hamburg:

„Im Fachblatt soll mehr das wirtschaftliche und politische Gebiet in betracht gezogen werden.“

Sowie folgender Antrag aus Offenbach a. M.:

„Der Kongress möge beschließen, das Schiedsgericht zu beauftragen, bei Streiks sich an eine geeignete Person zu wenden, welche einen oder zwei Kollegen beauftragen soll, die Streitfrage zu untersuchen, und welche an das Schiedsgericht Bericht erstatten soll.“

Dem Vertrauensmann Soc aus Gotha wird sodann einstimmig Becharge erteilt und derselbe als Vertrauensmann wiedergewählt.

Bezüglich des internationalen Schuhmacherkongresses, welcher neben dem internationalen Sozialistenkongress nächstes Jahr in Zürich stattfindet, wurde beschlossen, Soz. Gotha als Delegierten zu entsenden und das Bureau zu beauftragen, diejenigen Kollegen, welche von der politischen Partei nach Zürich entsendet werden, ein Mandat mitzugeben, falls sie Mitglied des Verbandes deutscher Schuhmacher sind. Auf die Bemerkung eines Delegierten, die Genossenschaft in Erfurt werde doch bald zu Grunde gehen, giebt Marx-L. Erfurt eine Erklärung über genannte Genossenschaft. Aus derselben ist zu entnehmen, daß das Unternehmen zur Zeit gut steht. Redner bittet, daß man denselben mehr Wohlwollen entgegen bringe. Es seien 70 Leute dort beschäftigt, welche nirgends mehr Arbeit fänden.

Der Kongress drückt sodann der Erfurter Genossenschaft seine Sympathie aus, stellt sich im übrigen aber auf den Beschluß des Parteitag in Berlin. Im Weiteren beschließt der Kongress, die Agitation unter den Arbeiterinnen mehr zu betreiben.

Vor Schluß des Kongresses wurde sodann noch folgende vom Reichstags-Abgeordneten Soc gezielte Resolution angenommen:

„Der am 5. und 6. Dezember 1892 in Frankfurt a. M. tagende Schuhmacherkongress erklärt, daß das von den Schuh- und Schäftefabrikanten an den Bundesrath gerichtete Verlangen, auf Grund der §§ 157 Abs. 2 und 158a der Gewerbe-Ordnung, die Arbeitszeit der Arbeiterinnen zu verlängern, unberechtigt ist. Die Noth und das Elend der in der Schuhindustrie thätigen Arbeiterinnen hat bereits derartige Dimensionen angenommen, daß eine weitere Verschlechterung, welche unzweifelhaft die Verlängerung der Arbeitszeit im Gefolge hat, die Arbeiterinnen in der Schuhindustrie der Prostitution unfehlbar in die Arme treiben müßte. Nicht treffen die in den §§ 157 und 158 enthaltenen Bedingungen auf die Schuh- und Schäfte-Industrie thätigen Arbeiterinnen absolut nicht zu. Der Schuhmacherkongress erwartet mit Bestimmtheit, daß der Bundesrath das obige Verlangen als unberechtigt zurückweist.“

Um 7 Uhr wird der Kongress geschlossen.

Veranstaltungen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäcker- und Kravattenbranche hatten am 28. November eine öffentliche Versammlung, in der Stadtverordneter Mehnert über Zweck und Nutzen der Organisation sprach. Nachdem sich mehrere Redner im Sinne des Referenten ausgesprochen hatten und auch eine Reihe von Kollegen dem Verein zugesagt worden war, machte Mehnert noch auf die Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen aufmerksam.

In einer öffentlichen Versammlung der Holz- und Bretterträger, die am 28. November wegen der Gewerbegerichtswahlen einberufen war, erörterte Genosse Klein die Bedeutung dieser Wahlen und ermahnte die Versammlung, sich rechtzeitig an denselben zu beteiligen. An der Diskussion theilnahmen sich Wilhelm Kuhn, Pauline Eichner und Präsi. Als Kandidat wurde Franz Götner an Stelle des Kollegen Kuhn gewählt. Als Ersatzmänner wurden Gottfried Pelz und Ernst Liebel schick bestimmt.

Reinigung der Schmiede. In der am 29. November abgehaltenen gubefachten Versammlung berichtete Kollege Schmidt über die Unterredung mit dem Obermeister betrefß der Regelung des Herbergewesens. Der Obermeister Herr Maxide gab danach in keiner Weise zu, daß Mißstände auf der Innungsbergel, Anlaß Nr. 9, existiren, und erklärte, über derartige Dinge nur mit dem von der Innung selbstgewählten Gesellenauschuss verhandeln zu können. Es wurde ferner der Artikel in Nr. 88 des „Bruder Schmidt“: „Ein milder Herbergewer“ verlesen, welcher seitens der Versammlung volle Anerkennung fand. Kollege Tempel erläuterte die Gewerbegerichtswahlen und forderte die Anwesenden auf, sich nicht nur allein an der Gewerkschaftsbewegung, sondern sich zu gleicher Zeit auch an der politischen Bewegung zu beteiligen. Zum Schluß wurde der Antrag auf Anschaffung einer Bibliothek angenommen.

In einer kürzlich abgehaltenen Gärtner-Versammlung hielt der Genosse Appel einen sehr instruktiven Vortrag über die Entwicklung des deutschen Handwerkerstandes und die Ziele der heutigen Gewerkschaftsbewegung. Sodann sprach der Vorsitzende Wäcker über den von den Gärtnergehilfen im nächsten Frühjahr zu stellenden Forderungen. Besonderen Nachdruck legte Redner auf die Aufhebung des Lohn- und Logiszwangs, sowie auf die Anerkennung des schon beim letzten Streik geforderten Minimallohnes seitens der Prinzipale.

Die Ethische Gesellschaft hielt am 30. November eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher der Vorsitzende die Mitglieder davon in Kenntniß setzte, daß der Kassirer Max Bäcker sich Unregelmäßigkeiten im Betrage von 200 M. der Kasse gegenüber hat zu Schulden kommen lassen. Nicht genug damit, soll Bäcker auch noch über 100 Billaets für den kranken Genossen Steinmetz nicht abgerechnet haben. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Nachdem diese Angelegenheit erledigt worden war, wählte die Versammlung den Genossen Borz zum Kassirer. Ferner wurde an Moldenhauer's Stelle, der seine Pflichten in dieser Beziehung vernachlässigt hat, der Genosse Hinz zum Revisor gewählt.

Die Mitglieder der Orls-Krankenkasse der Klempner wählte in der am 30. November abgehaltenen Versammlung ihre 100 Delegierten für das nächste Jahr, sowie eine Kommittee von 5 Mitgliedern, welcher die Konstitution des neuen Vorstandes obliegen soll. Dieraus konstituirte sich die zweite Versammlung in der Kollege Drange bei einem Rücktritt auf die Thätigkeit der Kasse schiederte, wie es gelungen ist, allmähig den realistischen Geist aus der Leitung zu befeitigen. Nach Erledigung der inneren Angelegenheiten wurde über das Resultat der Zellen-sammlung berichtet, welche einen Ertrag von 1201 M. ergeben hat. An Ausgabe steht dieser Summe der Betrag von 6 M. gegenüber.